

Der Gewerksverein

Organ des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine
sowie für Einigungsämter, Versicherungs- und Produktiv-Genossenschaften.

Erscheint jeden Freitag. Vierteljährlicher Abonnementpreis: durch die Post bezogen 1 M. — Unter Kreuzband 1 M. 25 Pf. — Alle Postanstalten, für Berlin alle Zeitungs-Expeditoren, nehmen Bestellungen an. — Inserate pro Zeile: Geschäftsang. 25 Pf., Familienang. 15 Pf., Vereinsangelegen. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis. Redaktion u. Exped.: N.O., Greifswalderstr. 221/22. Fernsprecher: Umst VII, Nr. 4720.

(Eigentum des Verbandes.)

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
vom
Centralrath der Deutschen Gewerksvereine
(Hirsch-Dünder).

Bei Abonnement von mindestens 3 Exempl. unter einer Adresse tritt für Nichtmitglieder der ermäßigte Preis von 75 Pf. ein, welche franco an den Verbands-Expeditoren Rudolf Klein, N.O., Greifswalderstr. 221/22, einzuweisen sind. Für Mitglieder 35 Pf. pro Exemplar. Bei obligatorischem Abonnement seitens der Gewerksvereine 35 Pf. pro Exemplar. Fernsprecher: Umst VII, Nr. 4720.

Nr. 33.

Berlin, 18. August 1905.

Siebenunddreißigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

Fleischnoth und Fleischtheuerung. — Die württembergische Fabrikeninspektion für 1904. — Internationaler Bergarbeiterkongress. — 12. Jahresversammlung des Centralverbandes von Ortskrankenkassen im Deutschen Reich. — Wochenschau. — Heuilleton. Die „Stadt der Wahnsinnigen“. — Gewerksvereins-Zeitung. — Verbands-Zeitung. — Anzeigen-Zeitung.

Fleischnoth und Fleischtheuerung.

In ganz Deutschland wird seit längerer Zeit über unerträglich hohe Fleischpreise geklagt, die besonders den Arbeiterfamilien den Fleischgenuss erschweren, wenn nicht unmöglich machen. Das unentbehrliche Schweinefleisch ist es namentlich, das sich einer exorbitanten Preissteigerung zu „erfreuen“ hat. Der Grund für das Hinaufgehen der Preise liegt zum guten Theil in der agrarischen Geseßgebung, die angeblich zum Besten für die Landwirtschaft im Allgemeinen und angeblich aus sanitären Gründen eine nahezu vollständige Sperrung der Grenzen für nicht „deutschnationales“ Vieh und Fleisch ermöglichte. Die Agrarier jedoch behaupten, die jegige auch von ihnen nicht geleugnete Fleischtheuerung sei nicht eine Folge der von ihnen betriebenen Geseßgebung, sie sei verschuldet durch die Verkäufer des Fleisches. Dem ist jedoch nicht so. Es steht vielmehr unbefreitbar fest, daß die Fleischer zwar hohe Fleischpreise zu halten suchen auch nach dem Eintreten sinkender Viehpreise, daß aber im Uebrigen die Marktpreise sich streng richten nach denen des Viehes. Die Fleischer haben in theuren Zeiten bei geringem Umsatz gar keinen Nutzen von hohen Fleischpreisen; ihnen ist weit mehr gebient mit einem großen Umsatz bei niedrigeren Preisen. Die Masse bringt es — dieses Wort gilt für den Fleischverkauf ebenso wie für jeden anderen.

Das Fleisch ist ein Hauptnahrungsmittel des Volkes, von dem nur zu bebauern ist, daß es nicht überall in genügenden Quantitäten zum Verbrauch kommen kann. Die Preise fast aller Produkte haben eine Steigerung erfahren, mit der nicht Schritt hielt die Erhöhung der Einkommen. Es mußten also Einschränkungen stattfinden, und zwar zunächst bei den „entbehrlicheren“ Nahrungsmitteln. Zu diesen ist — ein Wiederspruch — das Fleisch zu zählen, das wir kurz vorher als ein Hauptnahrungsmittel bezeichneten. Vom hygienischen und sanitären Standpunkt ist letztere Bezeichnung zutreffend, von dem eines mit Geldknappheit ringenden Familienvaters die andere. Fleisch ist nothwendig zur Ernährung, sagt der Volksfreund — wir müssen auf Fleischgenuss verzichten, sagen die Arbeiter, Handwerker, kleinen Beamten und Andere, wenn hohe Preise ihnen den Ankauf des Fleisches unmöglich machen. Fleischtheuerung ist also Fleischnoth. Alle Bemühungen müßten demnach darauf gerichtet sein, die Fleischpreise derart zu gestalten, daß zwar der Viehzüchter seine Arbeit bezahlt erhält, daß aber vor Allem Jedermann im Lande in der Lage ist, sich und den Seinen genügend Fleischnahrung zuzuführen. So sollte es sein — so ist es aber nicht.

Die gegenwärtige Fleischnoth und Fleischtheuerung macht sich, wie eingangs bereits erwähnt wurde, überall in Deutschland bemerkbar, besonders aber sind es die Industriebezirke und großen Städte, die von der Kalamität betroffen werden, namentlich Oberschlesien. Die agrarische Viehzentrale machte sich anheischig, als kein Leugnen der Fleischnoth mehr möglich war, nach Oberschlesien Vieh zu senden. Dies geschah auch, jedoch in derart unzureichendem Maße, daß die agrarischen Viehsendungen wie ein Tropfen auf einem heißen Stein wirkten. Die pomphaften An-

kündigungen der Viehzentrale waren bewegliches Theaterlicht, nichts weiter. Die oberschlesischen Magistrate, die doch gewiß im Stande waren, die Situation an Ort und Stelle kennen zu lernen, führten in einer an den Landwirtschaftsminister gerichteten Petition aus, die Maßnahmen der Viehzentrale, inländische lebende und geschlachtete Schweine nach Oberschlesien in ausreichender Menge und zu angemessenen Preisen zu liefern, seien durchaus nicht geeignet, die Fleischnoth und Fleischtheuerung in Oberschlesien zu beseitigen oder auch nur zu lindern. Dagegen baten dieselben Magistrate den Minister wiederholt, und zwar mit bringenden Worten, eine Erhöhung des russischen Schweinekontingents zu bewilligen. In der letzten Petition heißt es, daß die bereits erfolgte Ablehnung gleicher Anträge in allen Bevölkerungsschichten des Industriebezirks eine starke Beunruhigung hervorgerufen hat, die von Tag zu Tag wächst und die Magistrate nöthigt, abermals die Hilfe des Landwirtschaftsministers anzurufen.

Doch siehe da, der Herr Landwirtschaftsminister, der selbst ein großer Schweinezüchter ist, gab nicht nach. Er zeigte, wie ihm die Agrarier rühmend nachsagen, ein „starkes Rückgrat“ und vertröstete die darbedenden Konsumenten auf spätere Zeiten. Genau so, wie es im Jahre 1891 der damalige Staatssekretär v. Bötticher that, als ihn eine Deputation des Centralraths der Deutschen Gewerksvereine um Maßnahmen der Regierung bat zur Beseitigung der damaligen hohen Brodpreise. Haben Sie nur Geduld, meine Herren — so ungefähr äußerte sich der Herr Minister — nach dieser Zeit kommt eine andere, eine bessere auch für die Konsumenten. Daß inzwischen Existenzen vernichtet werden und Hunderte und Tausende darben müssen, das Alles genirt nicht unsere Staatsmänner, die gesalbt sind mit mehr als einem Tropfen agrarischen Deles. Erst müssen die lieben Agrarier wochen- und monatelang ihre Schäfchen ins Trockene bringen, das Fett von der Suppe schöpfen, dann kommen Andere auch mal wieder heran. So ist heutzutage die Weisheit unserer regierenden Staatsmänner beschaffen. Alles für die Agrarier — durch das Volk.

Etwas hat aber Herr v. Boddieski, der vormalige Husaren-general, spätere Generalpostmeister und jetzige preussische Landwirtschaftsminister, also ein Mann, der Alles kann, doch gethan. Er berief 1. eine Konferenz ein zur Erforschung der Frage, ob eine Fleischnoth existirt und 2. hielt der Herr Minister eine Rede. Ueber das Resultat der vom Minister einberufenen Konferenz konnte von vornherein ein Zweifel nicht bestehen. Wer war denn geladen zur Theilnahme? Bürgermeister oder Gemeindevorsteher aus den Industriebezirken? Nein! Fleischermeister? Hochmals nein! Oder gar Konsumenten, nothleidende Arbeiter? Erst recht nicht! Die hätte man am allerwenigsten befragt. Dafür waren aber geladen — die Vorsitzenden sämtlicher preussischen Landwirtschaftskammern, also rein agrarische Interessensvertretungen. Das ist ungefähr daselbe, als wenn irgend Jemand einen Bock zum Gärtner macht. Daß die Herren Landwirtschaftskammer-Präsidenten, durchweg Großgrundbesitzer ersten Ranges, die Existenz einer Fleischnoth bestreiten würden, war unbedingt vorauszusehen — und so geschah es auch. In ganz kurzer Zeit war die Angelegenheit erledigt. Ohne lange Debatten beschloß man: Eine Fleischnoth existirt nicht! Mögen auch die Thatfachen dem widersprechen, mögen auch weite Volkskreise leiden unter den hohen Preisen, mögen Tausende und abermals Tausende auf Fleischgenuss verzichten müssen — das

Planarfigung in Bochum statt. Ferner am 15. Oktober in Düsseldorf der Herbst-Delegierten tag des Ausbreitungsverbandes. Die Tagesordnung des Letzteren hätte zu lauten: 1. Der Stand der Zeitungsfrage und was nun? 2. Verhaltung des Gesellschaftsvertrages. 3. Wahl der Geschäftsführer. Ferner sei zum 15. September eine genaue Statistik über den Stand des Sammelwesens aufzunehmen. Nach längerer Debatte werden diese Vorschläge gebilligt. — Es findet darnach noch eine eingehende Besprechung der Reichstagswahl in Essen statt. Darauf bezügliche Vorschläge werden angenommen.

Schluß der Sitzung 12 Uhr Nachts.

Willems, Schriftführer.

Versammlungen.

Berlin. Listatirtklub der Deutschen Gewerksvereine (G.D.)
Sitzung jeden Mittwoch, Ab. 8 1/2—10 1/2 Uhr im Verbandsbause der Deutschen Gewerksvereine, NO., Greifswalderstraße 221/223. Gäste stets willkommen. — **Längerchor der Deutschen Gewerksvereine (G.D.)** Jeden Donnerstag, Abends 9—11 Uhr, Uebungsstunde im Verbandsbause der Deutschen Gewerksvereine (Grüner Saal). Gäste herzlich willkommen. — **Sonnabend, 12. August. Maschinenbau- u. Metallarbeiter I.** Abends 8 1/2 Uhr, Kaserstr. 67, unterer Saal, Ortsversammlung. Ausgabe der Statuten. Verschiedenes. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter II.** Ab. 8 1/2 Uhr, Kaserstr. 36a. Monatsbericht. Anträge der Kombiniten. Referent: G. Scholz. Ueber: Unfälle bei der Arbeit. Referent: G. Trams. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter IX.** Ab. 8 1/2 Uhr, Stettinerstraße 50 bei Herrn Schubert. L.D.: Neuwahl eines Sekretärs. Monatsbericht u. A. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter XI.** Abends 8 1/2 Uhr bei Pluge, Pflanzstr. 58. Wahl eines 2. Vorsitzenden. — **Klempner und Metallarbeiter I.** Ab. 9 Uhr, Kottbusstr. 4a. — **Maschinenbau- u. Metallarbeiter III.** Ab. 8 1/2 Uhr, bei Gohlke, Heußelstr. 22. Vortrag des Kollegen Dornblüth über: „Die heutigen Angriffs- und Abwehrtaktik der Arbeiterorganisationen gegenüber den Arbeitgeber“. — **Graphische Berufe und Maler I.** Ab. 8 1/2 Uhr, Neue Grünstraße 28 (Bismarckalee). L.D. Monatsbericht. Generalratsprotokoll. — **Donnerstag, 17. August. Brauereihilfsarbeiter.** Ab. 8 Uhr Gr. Beerenstr. 63 (Ecke Vorstr. L.D.): 1. Verlesung der Protokolle, 2. Vortrag des Kollegen Wuttsch über Arbeiter-Ausgänge, 3. Vereinsangelegenheiten, 4. Verschiedenes. — **Freidrichsberg.** Sonnab., 12. August. Ab. 8 1/2 Uhr bei Herrn Bischoff, Frankfurter Allee 165 Monatsbericht und Verschiedenes. — **Charlottenburg.**

Sonnab., 19. August. Ab. 8 1/2 Uhr bei Schweizer, Berlinerstr. 121. L.D.: Wahl eines Leiters, Kassabonds, sowie Einziehung der Bibliotheksbücher. — **Salle a. Z. Graphische Berufe und Maler.** Sonnabend, 19. August. Abends 8 1/2 Uhr, Monatsversammlung im Passage-Restaurant. — **Klassenbach. Stahl- (Lehr-) Arbeiter.** Sonntag, 20. August, Nachm. 3 Uhr. Monatsversammlung in Schürich's Restaurant. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwünscht. Gäste willkommen.

Orts- und Regionalverbände.

Friedrichsberg (Ortsverband). Sonntag, 13. August, Nachm. 3 Uhr in Uhlig's Restaurant (neben der Kirche) in Neukölln, Ortsverbandsversammlung. Da die Tagesordnung sehr reichhaltig ist, so hat ein jeder Verbandsgenosse zu erscheinen. — **Schwerte u. Westhofen (Ortsverband).** Sonntag, 13. August, Morgens 10 Uhr Ausschußsitzung beim Schäfer, Schwertehalde. Um 12 Uhr Vertreteritzung vom Ortsverband Schwerte in Schwerte bei Jungesblut am Markt. — **Oldenburg (Ortsverband).** Sonntag, 13. August, Nachm. 4 Uhr bei Herrn Hilgen, Markthalle. L.D.: Abschluß pro II. Quartal. Abrechnung vom Verbandsfest. Besprechung über Gründung eines Arbeitersekretariats. Verschiedenes. — **W.-Westf. Ausbreitungsverband (15. Bezirk).** Sonntag, 20. August, Nachm. 4 Uhr Bezirksvers. beim Wirtz Schule in Beed. L.D.: Zeitungsfrage. Referent: Reuljen-Ertelen.

Wanderungen bzw. Ergänzungen zum Adressenverzeichnis.

Berlin u. Umgebung (Bereinigter Ortsvereine der Maschinenbau- u. Metallarbeiter). Karl Mladet, Schriftführer, Berlin O. 34, Eisenstr. 1. **Prinzenau (Ortsverband).** W. Menzel, Kassirer, Köpferstr. 17. **Prinzenau (Fabrik- und Handarbeiter).** A. Kumpelt, Vorsitzender, Langneustr. 13. **Neufahr, Ober (Ortsverband).** A. Reimers, Vorsitzender, Friedrichstr. 36. **Großenhain (Stuhlarbeiter).** P. Lorenz, Kassirer, Schloßplatz 5. **Buchholz (Klempner).** R. Klein, Kassirer, Eisenstr. 8. **Leipzig (Schneider I.).** D. Peter, Vorsitzender, Kronprinzenstr. 11; W. Hundt, Kassirer, Elsterstr. 10; Fr. Stark, Schriftführer, Promenadenstr. 30. **Cottbus (Ortsverband).** A. Berger, Vorsitzender, Bismarckstr. 9. **Greifswald (Ortsverband).** Frau A. Corsonandt, Schriftführerin, Burgstr. 3.

Anzeigen=Zheil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

Verbandsbause
der
Deutschen Gewerksvereine
Berlin N.O.,
Greifswalderstraße 221/23.

Treffpunkt aller Gewerksvereinskollegen an den Abenden und . . . an jedem Sonntag . . .
Prächtige Kellere, große Restauration mit vorzüglicher Küche, schöner Sommergarten, vier Regelbahnen. Alles den Anforderungen der Neuzeit entsprechend eingerichtet. Zur Abhaltung von Sommernachtsbällen, Sommerfesten, Familien-Kaffeeocher u. s. w. allen Ortsvereinen und Mitgliedern bestens empfehlend, ladet zum Besuch freundlich ein
Carl Verndt, Deconom.

N.B. Die Kellere stehen auch an Sonnabenden und Sonntagen den verechiedenen Ortsvereinen zu Verammlungen und Vereinsfestlichkeiten zur gef. Verfügung.

Neurode (Ortsverband). Durchreisende Genossen erhalten 50 Pfg. beim Ortsverbands-Kassirer Josef Wagner, Hutweide Nr. 23.

Hamm (Ortsverband). Arbeitsnachweis beim Ortsverbandsvorsitzenden Heinrich Koch, Hamm, Hegier Nr. 7. Durchreisende Mitglieder können ihre Unterstützung dajelbst in Empfang nehmen.

Sprottau-Culau (Ortsverband). Durchreisende Verbandsgenossen erhalten Karten beim Verbandskassirer Max Mann, Mühlstr. 11.

Löwenberg i. Schl. Durchreisende Mitglieder des Gewerksvereins der Fabrik- und Handarbeiter erhalten Abendbrod, Nachtquartier und Frühstück. Karten beim Kollegen Lange, Goldbergerstr. 149.

Jeder Ortsverein und jeder Ortsverband
wird gewiß sein Vereinslokal schmücken mit einem Bilde des verstorbenen Verbandsanwaltes
Dr. Max Hirsch.
Wir haben uns daher mit dem Photographen, welcher den Anwalt zuletzt photographirt hat, in Verbindung gesetzt und erzielt, daß das im Karton 46x58 cm große lebenswahre Bild, welches sonst 20 Mk. pro Stück kostet, für unsere Vereinslokale zum Preise von 15 Mk. portofrei abgegeben wird.
Wir empfehlen ferner die vom Bildhauer Carl Dorn nach dem Leben modellierte lebensgroße Büste des Verbandsanwaltes zum Preise von 9 Mk. für Berlin, und für auswärts mit bahnsentiger Kistenverpackung 12 Mk., ohne Straßkosten.
Ferner eine Photographie von der Aufbahrung des Sarges im Verbandsbause zum Preise von 2 Mk. portofrei.
Zum Wohnungsumwand für Verbandsgenossen empfehlen wir das Bild des Anwaltes in feinem Kupferdruck, 16x28 cm groß, zum Preise von 50 Pfg.
Die Beträge müssen vorher an Verbandskassirer R. Klein, Berlin N.O. 55, Greifswalderstr. 221/23 eingelaut werden.

Der Gewerksverein
Jahrgang 1904
auf feinem Papier gedruckt, dauerhaft gebunden, für Verbandsgenossen und Vereinsbibliotheken 3,50, sonst 6 Mk.
NB Frühere Jahrgänge werden zu denselben Preisen abgegeben.
Verbandsbureau:
Berlin N.O.,
Greifswalderstr. 221/23.
Geldsendungen
nur an Verbandskassirer
R. Klein
Berlin N.O., Greifswalderstr. 221/23.

Schwarzwaldau (Ortsverband). Karten an Durdpreis, bei Fr. Wagner, Schwarzwaldau Nr. 52.

Sommerfeld (Ortsverband). Durchreisende erhalten 50 Pfg. beim Verbandskassirer Moriz, Pfortnerstr. 100.

Spandau (Ortsverband). Durchreisende Gewerksvereiner erhalten beim Kassirer Joseph Erdmann, Markt 6 III, Marken für Unterstützung und Verpflegung. Mittags 11 1/2, bis 12 1/2, Uhr, Abends 6 1/2, bis 8 Uhr.

Eisenach (Ortsverband). Durchreisende Verbandskollegen erhalten Marken für Nachtherberge beim Ortsvereinskassirer und Hermann Rudolph, Rennbahn 79.

Fürstenwalde (Ortsverband). Verpflegungskarten sind bei jedem Ortsvereinskassirer zu haben.

Demokratie und Kaisertum
Ein politisches Lehrbuch für gebildete Leser aller Stände und Parteien von D. Friedrich Naumann. Jedem Politiker unentbehrlich. Von der gesamten deutschen und ausländischen Presse glänzend beurteilt. Bisheriger Absatz ca. 14000 Exemplare. Sein broschürt 1,20 Mk., elegant gebunden 2 Mk. Zu beziehen durch jede Buchhandlung oder unter Bezug auf diese Anzeige direkt vom
Buchverlag der „Hilfe“ Berlin-Schöneberg.

„Es muß noch hervorgehoben werden, daß einige Arbeiten nicht ohne bedenkliche, sofort in die Augen springenden Nachteile sind. Es ist dies nicht an letzter Stelle die Anfertigung von Drahtbüchsen; das Hantieren mit dem glühenden Metall bei meistens schlechter Beleuchtung schädigt in hohem Maße die Sehkraft der Kinder, was von nahezu sämtlichen Eltern der damit beschäftigten Kinder bestätigt wurde. Weiter kann angeführt werden, der beim Schneiden des Materials zu den Endschuhen, beim Flechten der Kollomatten, beim Feilen der Feigenwurzeln entstehende Staub, wobei noch erschwerend hinzukommt, daß diese Arbeiten bei schlechtem Wetter und im Winter in der Regel in dem als Schlaf- und Wohnzimmer dienenden Raum vorgenommen werden. . . Nicht ohne Gefahr dürfte ferner sein die Handhabung der Oscillirmaschine — Treten mit einem Fuß — und die Handhabung des Oscillirfließes, durch welchen Verwundungen der Hände nicht ausgeschlossen sind.“

Mit Bedauern mußten die Berichtshatterinnen erkennen, daß die in Frauen- und anderen Zeitschriften so oft beklagte Ueberanstrengung der Konfektionsarbeiterinnen vielfach unvernünftigen Konsumentinnen — meist der wohlhabenden Kreise — zur Last zu legen sei, und daß letztere durch unüberlegt kurzfristige und dringende Aufträge den Betriebsunternehmern die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen erschweren und namentlich einen frühen Abschluß an Sonnabenden oft unmöglich machen. „Möchten doch alle Frauenvereine und Frauenzeitschriften darauf hinwirken“ heißt es weiter wörtlich: „den Frauen der wohlhabenden Stände das soziale Gewissen auch in Bezug auf die Konfektionsarbeiterinnen zu schärfen, die in Folge der durch dringende Aufträge veranlaßten Nachtarbeit oft schwer an ihrer Gesundheit geschädigt werden; so lange Frauen gegen ihr eigenes Geschlecht so rücksichtslos sind, wird auch um Frauenrechte vergeblich gekämpft werden!“

A Internationaler Bergarbeiterkongreß.

Am Montag, 7. August, trat zu Lüttich in Belgien der 16. internationale Bergarbeiterkongreß zusammen. Vertreten waren aus demselben England, Amerika, Deutschland, Belgien und Frankreich. Von Deutschland waren nur Delegirte vom alten Bergarbeiterverband erschienen. Verhandlungsgegenstände waren: 1. Verkürzung der Arbeitszeit, 2. Frauen- und Kinderarbeit, 3. Gesetzliche Festlegung eines Minimallohnes, 4. Grubeninspektion, 5. Arbeiterversicherung, 6. Internationale Organisation, 7. Kundgebung zu Gunsten des Weltfriedens. Die städtischen Behörden von Lüttich luden den Kongreß zu einem Empfang auf das Rathhaus ein. Die in diesem Jahre zu Lüttich etablierte Weltausstellung lud die Delegirten zu freiem Eintritt ein. Der Vorsitzende des internationalen Bergarbeiterkomitees, Stadtrath Edwards-England, wies in seiner Begrüßungsansprache daraufhin, daß Belgien 1890 auf dem Kongreß in Jolimont die Anregung zu einer internationalen Organisation der Bergarbeiter gegeben habe. Dieser Kongreß, so hofft der Redner, werde hoffentlich ein neuer Antriebs sein, die schon vor 15 Jahren aufgestellten und jetzt reifen Bergarbeiterforderungen durchzuführen. Hervorzuheben ist ferner eine Rede des französischen Delegirten Eugnot, der beklagte, daß seine Landsleute bisher zu viel Energie auf den Parlamentarismus verwandt und dadurch die Berufsorganisation zu stark vernachlässigt hätten. Es sei notwendig, die Engländer zum Vorbild zu nehmen. Wenn die Arbeiter den wirtschaftlichen Kampf führten wie die Engländer und damit verbänden die französische Energie im politischen Kampf, dann würde diese sich ergänzende Thätigkeit ihre Emanzipation kraftvoll fördern. Im Zusammenarbeiten mit den Deutschen solle das Andenken an den brudermörderischen Krieg von 1870/71 ausgelöscht werden. Ein belgischer Delegirter, Warville, wies darauf hin, daß Belgien das Land der längsten Arbeitszeit, der niedrigsten Löhne und höchsten Profite sei. Sachse-Deutschland vermied es erfreulicherweise, sozialistische Löhne anzuschlagen und beschränkte sich darauf, den Engländern und Belgiern Dank zu sagen für die geleistete Hilfe und Sympathie beim großen Bergarbeiterstreik im Ruhrgebiet. Dahingegen versuchte der amerikanische Delegirte Haslins, die Arbeiter durch die sozialistische Prophezeie zu entmutigen, daß die Gesetzgebung nur dann nutzbringend für die Arbeiter sein könne, wenn die Arbeiter die politische Herrschaft erlangt hätten. So lange wie der Arbeiter um Lohn arbeite, bekomme er nicht was ihm zustehe. Die amerikanischen Arbeiter wollen bekanntlich vom Sozialismus gar nichts wissen. Die Rede Haslins wird daher im eigenen Lande den geringsten Beifall finden. Auf internationalen Kongressen sollte man sich erst recht hüten, parteipolitische Tendenzen in die Beratung hineinzutragen.

Der Kongreß trat am andern Tage in die Beratung seiner Tagesordnung ein. Für die englische Miners-Federation beantragt Wilson, betreffend die Verkürzung der Arbeitszeit, folgende Beschlusfassung: „Wir müssen forsfahren, kürzere Arbeitszeit in den Gruben zu verlangen, bis die Regierung jeder Nationalität, welche auf diesem Kongresse vertreten ist, Geseze erläßt, welche die Arbeitsdauer in Gruben auf nicht länger als täglich acht Stunden inklusive Ein- und Ausfahrt festsetzt.“

In der Diskussion hierüber behauptet Sachse-Deutschland auf vielfache Fragen aus englischen Kreisen über die Vergeseznobelle Preußens, daß die in dem neuen Geseze vorgesehene Verkürzung der

Arbeitszeit kaum 2 pCt. der preußischen Bergarbeiter zu Gute komme. Diese Behauptung dürfte doch als übertrieben anzusehen sein. Die belgisch-französische Resolution beantragte „Herabsetzung der Arbeitszeit in den Gruben auf 8 Stunden mit Ausdehnung dieses Prinzips auf die Arbeiter über Tage.“ Die englische Resolution wird angenommen gegen die Stimmen der Delegirten von Durham und Northumberland, weil in diesen Bergrevieren die Arbeiter durch den Einfluß ihrer Organisation bereits die 7stündige Arbeitszeit erreicht haben. Diese Delegirten stimmten auch prinzipiell gegen den gesetzlichen 8 Stundentag, weil sie der Ueberzeugung sind, daß starke Bergarbeitergewerksvereine die Verkürzung der Arbeitszeit erfolgreicher betreiben können, als dies durch das Geseze möglich ist.

Betreffend die Frauenarbeit wurde eine Resolution der deutschen Delegirten angenommen, welche sich für das gesetzliche Verbot der Frauenarbeit in der Bergwerksindustrie ausspricht. Der deutsche Delegirte Krause-Zwickau sagte, daß noch 15 000 Frauen in der deutschen Bergwerksindustrie mit Männerarbeit beschäftigt seien. Aus Belgien wurde hierzu mitgetheilt, daß in Belgien Frauen sogar noch unter Tage arbeiten. Der amerikanische Delegirte Perry brachte zum Ausdruck, daß Amerika keine Frauenarbeit im Bergbau kenne, daß man sich aber auch nichts Abstoßenderes denken könne, als diese Arbeit der Frauen.

Die Deutschen beantragen ein gesetzliches Verbot der Zulassung von Kindern unter 14 Jahren zur Bergwerksarbeit und der jugendlichen Arbeiter unter 16 Jahren zur unterirdischen Arbeit. Die Franzosen theilen mit, daß im französischen Geseze die Beschäftigung von Kindern über 13 Jahren in den Gruben gestattet sei. Bei der Abstimmung enthalten sich Frankreich und England, weil sie in dieser Frage kein Mandat haben. Im Uebrigen wird der deutsche Antrag angenommen.

Das Hauptreferat für die Kundgebung zu Gunsten des Weltfriedens wird dem früheren Bergarbeiter und gegenwärtigen liberalen Abgeordneten, Unterstaatssekretär a. D., Thomas Burt, übertragen. Die englischen Gewerksvereiner haben immer lebhaften Antheil genommen an den Bestrebungen für Einrichtung internationaler Völkerschiedsgerichte. Einer ihrer Führer, Mr. Cremer, den wir vor einigen Jahren auch als Gast im Centralrath der Deutschen Gewerksvereine begrüßen konnten, hat im vorigen Jahre in Anerkennung seiner Verdienste um die Friedensbestrebungen einen Nobel-Preis bekommen. Die am dritten Kongreßtage gehaltene Rede von Mr. Burt wies darauf hin, daß nach 2000 Jahren christlicher Kultur die christlichen Nationen noch unablässig auf Instrumente der Zerstörung und Vernichtung sinnen. Auch England gehöre zu diesen Nationen, denn es habe seine Rüstungen seit 15 Jahren verdoppelt. Obgleich England durch seine geographische Lage nur auf eine gute Flotte zu halten habe, gäbe es doch jährlich 1400 Millionen Mark für seine Kriegsrüstungen aus. Die Hauptquellen des Krieges seien Unwissenheit und Vorurtheil. Harmonie und gegenseitige Zuneigung müssen an deren Stelle treten. Die Arbeiter hätten die Aufgabe, mit darauf hinzuwirken, daß von dem Appell an die Waffen, zum Appell an die Vernunft und die Gerechtigkeit geschildert werde. Hies-Deutschland hob hervor, daß Deutschland nicht zuletzt die Rüstungen vorwärts getrieben habe. Das Volk wolle den Krieg nicht. Je mehr die Arbeiter dem Streben nach Frieden praktischen Ausdruck liehen, umso mehr Dienste leisteten sie dem wahren Patriotismus, dem wahren Christenthum und der wahren Humanität.

Es wurden folgende Resolutionen einstimmig angenommen:

1. Der in Lüttich versammelte 16. Internationale Bergarbeiterkongreß verlangt die Regelung aller internationalen Streitfragen auf schiebsgerichtlichem Wege. (Antrag England.)
2. Der 16. Internationale Bergarbeiterkongreß drückt den russischen Arbeitern in ihrem Kampfe für die Arbeiterfreiheit seine wärmste Sympathie aus und wünscht ihnen vollständigen Erfolg. (Antrag Deutschland.)

Am 4. Verhandlungstage stand die Frage des Minimallohnes zur Berathung. Franzosen und Belgier beantragen „eine Kontrollirung der Löhne durch Uebermittlung von Dublikatlohnbüchern an die Arbeitervereinigungen seitens der Unternehmer und der Gesellschaften“. Dies soll den Zweck haben, bei Prozessen um die Rente, den Arbeitern ein Beweisstück für die von ihnen erreichten Löhne zu geben. Der Kongreß beschloß, ohne Debatte, diesem Antrage gemäß und nahm ferner ohne weitere Diskussion einen englischen Antrag an, daß jede auf diesem Kongreß vertretene Nation die Festsetzung eines Minimallohnes für die Grubenarbeiter anstreben soll.“

Zur Grubeninspektion beantragten Deutschland und Belgien eine Verschärfung durch Kontrolleure, die von den Arbeitern zu wählen und vom Staate besoldet sein sollen. Auch dieser Forderung wurde debattenlos zugestimmt. Am Nachmittag hielt Professor Gambinet einen Vortrag mit Experimenten über die Wurmkrantheit. Der Vortrag soll in Druck erscheinen.

Am 5. und letzten Verhandlungstag wurde zunächst die Frage des internationalen Sekretariats, die bisher immer Gegenstand heftiger Auseinandersetzungen auf den internationalen Kongressen gewesen ist, erledigt. Diesmal hatten sich die leitenden Personen vorher auf folgenden Kompromißantrag geeinigt:

„Ein internationales Sekretariat der Bergarbeiter, beauftragt mit dem Briefwechsel mit den Landessekretären und mit der Herausgabe eines vierteljährlichen Situationsberichtes in drei Sprachen (deutsch, französisch, englisch),

Alles kümmert die hohen Herren um Robbielski nicht das Geringste. Sie leiden ja keine Noth! Deeshalb auch gingen die Herren, gleich nachdem sie die Existenz einer Fleischnoth bestritten hatten, in ein vornehmes Berliner Restaurant, thaten sich gültlich bei ausgezeichneten Speisen und Getränken — und lobten sich gegenseitig.

Gelegentlich des Festessens hielt Herr v. Robbielski eine Rede, nachdem Graf v. Schwerin-Löwisch dem „starken Rückgrad“ des Ministers Anerkennung gezollt, das er den Konsumenten gegenüber gezeigt hatte. Sofort erhob sich der durch das geflügelte Wort vom Laufkanal berühmt gewordene Minister und dankte seinen agrarischen Freunden für die ihm zu Theil gewordene Anerkennung.

Die Rede des Ministers ist anzusehen als ein der Deffentlichkeit gegenüber angestellter Versuch, die Haltung der Regierung und den Beschluß der zur Untersuchung, ob eine Fleischnoth besteht, einberufenen Konferenz zu rechtfertigen. Dafür spricht schon die Gesinnlichkeit, mit welcher die ministerielle Tischrede zur Veröffentlichung gelangte. Herrn v. Robbielski ist es jedoch schon des Deiteren passiert, daß seine Behauptungen auf stärksten Widerspruch stießen. Er ist also daran gewöhnt und wird auch nicht sonderlich überrascht gewesen sein, daß seiner neuesten oratorischen Leistung ein Gleiches widerfuhr. Der Minister machte sich die Sache auch in der That zu leicht, er operirte mit Allgemeinheiten und seichten Witz. Die nichtagrarische Tagespresse und Fachblätter übten denn auch scharfe Kritik an der Beweisführung des Ministers. Die „Allgem. Fleischzeitung“ schrieb u. A.: „So tendenziös sollte doch ein Landwirtschaftsminister nicht Zahlen herausgreifen und verwerthen“. Im Uebrigen führte der Minister nur „olle Kamellen“ vor, so daß selbst die agrarische „Deutsche Tageszeitung“, die natürlich den Minister über den grünen Klee lobt, schreibt, die „denkwürdigen Ausführungen des Herrn Ministers“ enthalte zwar wenig ganz neue Gesichtspunkte“. Wo soll auch der schweinezüchtende Landwirtschaftsminister v. Robbielski neue Gesichtspunkte hernehmen? Für den Herrn Minister ist es kennzeichnend, daß er es zwar beklagt, „daß der Preis des Fleisches in einer Weise steigt, daß zahlreiche Familien auf dieses Nahrungsmittel verzichten müßten“, als Mitglied des königlichen Ministeriums aber kein geeignetes Mittel vorschlägt, daß diesem beklagenswerthen Uebelstand abhelfen könnte. Mit allgemeinen Redensarten und Bertröstungen auf die Zukunft, in der es besser werden kann, ist dem darbenenden Konsumenten nicht geholfen. Daran ändern auch Sophistereien nichts wie: die „Verhältnisse sagen uns, daß keine Fleischnoth wohl aber eine Fleischtheuerung vorhanden ist“. Bei ausreichendem Fleischangebot würde auch keine Fleischtheuerung möglich sein, diese Lehre könnte sich der Herr Minister bei jedem Studenten der Volkswirtschaftslehre holen. Wenn aber der Minister seine schöne Rede mit den Worten glaubte schließen zu müssen „ein preussischer Landwirtschaftsminister kämpft für die preussische Landwirtschaft“, so ist ihm zu erwidern: „Mit Verlaub, Herr Minister. Für die Interessen der Landwirtschaft sollen Sie sorgen, das entspricht Ihrer Stellung. Als Mitglied des preussischen Ministeriums kommt Ihnen aber auch die Pflicht zu, mit Ihren Ministerkollegen das Wohl der Allgemeinheit zu vertreten, dafür Sorge zu tragen, daß nicht weite Volkskreise darben und auf nothwendige Nahrungsmittel verzichten müssen. Sie sollen für die Landwirtschaft sorgen, aber nicht dertart, daß andere dabei Schaden erleiden an ihrem Gelde und ihrer Gesundheit. Fassen Sie so Ihre hohe Stellung auf, Herr Minister, dann erst sind Sie ein guter Berather der Krone und ein wahrer Anwalt des Volkes. Bei Ihrer jetzt beliebten einseitigen Interessensvertretung zu Gunsten der Landwirtschaft wird Ihnen jedoch die Geschichte jene Ehrentitel einst nicht zuerkennen können.“

Dr. E. E. Die württembergische Fabrikeninspektion für 1904.

IV.

Die Gewerbeinspektions-Assistentinnen haben zum erstenmal einen Bericht über ihre Thätigkeit erstattet. Da derselbe sich zugleich auf die drei Aufsichtsbezirke erstreckt, dürfte es sich wohl verdienen, ihm eine besondere Betrachtung zu widmen.

Der Verkehr mit den Arbeitgebern solcher Anlagen, die schon seit längerer Zeit der Gewerbeaufsicht unterstellt sind, sei ohne nennenswerthe Differenzen verlaufen, da man die Thätigkeit eines weiblichen Beamten schätzen gelernt habe. In zwei Fällen seien unliebsame Auseinandersetzungen nicht zu vermeiden gewesen. So bestritt der Inhaber einer Motormerkstatt der Beamtin, als diese zufolge einer Beschwerde über zu späten Arbeitschluß an einem Sonnabend

und zwar ohne vorherige Anmeldung auf dem Comptoir um 5¹/₄ Uhr Nachmittags den Arbeitsaal betrat, die Berechtigung, seinen Betrieb unangemeldet zu revidiren, und als sie sich dadurch nicht abhalten ließ, die Befragung der noch beschäftigten Arbeiterinnen zu Ende zu führen, beschuldigte er sie der Aufhegerei seiner Arbeiterinnen und drohte mit Beschwerde bei der vorgelegten Behörde. Ein vom Gewerbeinspektor an diesen Arbeitgeber gerichteter Verwarnungsschreiben scheint ihn jedoch von der Unsichtlosigkeit seines Vorgehens überzeugt zu haben. Der Besitzer einer Duntweberei und Spinnerei glaubte der Assistentin darüber Vorhaltungen machen zu sollen, daß sie nach der Revision der im Nachbarorte befindlichen Spinnerei einige Arbeiterinnen während der Mittagspause unweit der Fabrik angesprochen habe.

Was den Verkehr mit den Arbeiterinnen anbelange, so ließen manche Anzeichen auf eine Zunahme des Vertrauens zu den Beamtinnen schließen. Ganz besonders habe die Beaufsichtigung der gewerblichen Kinderarbeit dazu beigetragen, mit den Arbeiterfamilien, in denen ja Kinder häufig gewerblich beschäftigt werden, in nähere Berührung zu treten und einen schätzenswerthen Einblick in deren Verhältnisse zu gewinnen.

Bei den Revisionen von gewerblichen Anlagen sei die in früheren Jahren beobachtete Zurückhaltung der Arbeiterinnen kaum besser geworden, und es ist auch nicht zu hoffen, daß bei der meist in Begleitung des Arbeitgebers stattfindenden Befichtigung der Fabrikräume diese Befangenheit, die in der Hauptsache der in vielen Fällen begründeten Furcht vor nachheriger Maßregelung entspringt, jemals verschwinden werde.

Es ist erfreulich, daß durch das Reichsgesetz vom 30. März 1903, betr. die Kinderarbeit in gewerblichen Betrieben, den Gewerbeaufsichtsbearbeitern die nötige Handhabe geworden ist, um der in gewissen Gegenden Württembergs in so großem Umfange stattfindenden Beschäftigung von Schulkindern zu steuern.

Es konnten im Ganzen 863 Betriebe mit 1362 Kindern revidirt werden. Von den 1362 mußte 355 Kindern das Arbeiten unterlagt werden, da dieselben das gesetzlich zulässige Alter noch nicht erreicht hatten. Auch 76 Kinder, darunter Mädchen, seien in unzulässiger Weise mit — Steinklappen beschäftigt gefunden worden! Es habe oft viel Mühe erfordert, den in den meisten Fällen gänzlich über-raschten Vätern oder Müttern den Nutzen des Gesetzes klarzulegen und den Eingriff in ihre Familienrechte zu motiviren. Hier handle es sich vor der Hand noch um die schwierigsten Revisionen, durch den Umstand veranlaßt, daß die Eltern auf das bisshen Verdienst der Kinder leider mitangewiesen seien.

Am wenigsten verstanden werde im Lande der Unterschied zwischen der Beschäftigung von eigenen Kindern und der Beschäftigung von eigenen Kindern für Dritte (§ 13 Abs. 2 des oben angeführten Gesetzes). Dieser Unterschied sei zum Theil sehr erheblich und ziehe zwischen erlaubter und nicht erlaubter Beschäftigung eine Grenze bis zu vier Jahren. So dürfen z. B. eigene Kinder statt mit 12 Jahren schon mit 8 Jahren mit bestimmten Arbeiten beschäftigt werden. Arbeitet die Mutter mit den Kindern, so dürfen diese schon mit 8 Jahren arbeiten; geht aber die Mutter z. B. in die Fabrik oder ist sie durch die Haushaltung vollständig in Anspruch genommen und lasse sie dann die Kinder in ihrem Hause für Dritte arbeiten, so darf diese Beschäftigung vor dem 12. Lebensjahr nicht stattfinden. Daß unter solchen Umständen die Aufsichtsthätigkeit sehr erschwert ist, sei leicht begreiflich.

Es werden sodann die Arbeiten, womit eigene Kinder in der Hausindustrie beschäftigt werden, angeführt, sowie die Bezahlung der einzelnen Arbeiten.

Es werde bezahlt für: Knöpfenansetzen an 1 Dugend Trilothenden mit je 5 Knöpfen 7 Pfg.; Knöpfenansetzen an 1 Dugend Trilotholen mit je 3 Knöpfen 4 Pfg.; Fädenabschnitten an 1 Dugend Fenden 5 Pfg.; Umhäteln von 1 Dugend Kinderkitteln 20 und 22, 35 und 40 Pfg.; Häkeln von Handschuhen (sog. Fausthandschuhen) das Paar 7—9 Pfg., je nach der Größe; Vernähen von Strümpfen für 1 Dugend 5 Pfg.; Häkeln von Ohrenklappen für Pferde für 1 Dugend mit Perlen eingehäkelt 1 Mt., ohne Perlen 90 Pfg.

Bei dem Spachteln von Vorhängen bestehe in der Mehrzahl von Betrieben der Mißstand, daß die Kinder den Preis erst erfahren, wenn die Arbeit fertig sei; die Kinder verdienen ca. 5 Pfg. die Stunde.

Spitzenklöppeln das Meter von 4 Pfg. an aufwärts, davon müsse aber Material und Apparat bestritten werden. Es wurde ermittelt, daß Kinder unter 10 Jahren, wenn sie fleißig seien, 5 bis 6 Stunden an 1 Meter à 4 Pfg. zu arbeiten hätten.

Die Bezahlung für die angeführten Arbeiten lasse unschwer die Gründe erkennen, warum die Mehrzahl der Eltern, sofern sie auf den Verdienst der Kinder angewiesen sind, ihre Kinder jeden Alters bis spät in die Nacht hinein beschäftigen. Es gebe Dörfschaften, wo die Mehrzahl der Kinder nicht vor 11 oder 12 Uhr Nachts zu Bett kommen, und von einer solchen Gemeinde äußerte der Ortsvorsteher, daß die Kinder dazu Morgen noch nüchtern in die Schule müssen und erst etwas Warmes bekämen, wenn die Eltern zur Besperzeit von der Fabrik nach Hause kämen. Da könne es wohl nicht auffallen, wenn man beim Betreten eines Schullokals auf dem Lande so viel im Wachsthum zurückgebliebene, blutarme Kinder zu sehen bekomme.

Arbeiterbewegung. Das Gespenst der Massenausperrung, das sich den Webern und Färbereiarbeitern in Sachsen und Thüringen zeigte, zog bei einem Teil derselben schadlos vorüber. Weil am 18. Juli die Arbeiter der beiden Firmen G. Bornemann und E. Batty in Meerane wegen Nichtbewilligung der Lohnerhöhung in den Ausstand traten, schlossen, wie bekannt, am 31. Juli sämtliche Färbereibesitzer ihre Betriebe. Als das noch nicht wirkte, traten auch die zum Verbands der sächsisch-thüringischen Webereien gehörigen Fabrikanten zusammen, die am 8. August den unerhörten Beschluß der Massenausperrung faßten. Hierzu kam es aber nicht, da eine für beide Theile annehmbare Basis zum Friedensschlusse gefunden wurde. Der in Glauchau und Meerane festgesetzte Lohnstarif enthält u. A. folgende besonders wichtige Bestimmungen: Die Arbeitszeit dauert in Meerane 10 Stunden 20 Minuten, in Glauchau 10 Stunden 30 Minuten. Der Mindest-Tagelohn beträgt für Meerane und Glauchau für Arbeiter über 18 Jahre 2,45 Mk., für Arbeiter unter 18 Jahren 2,20 Mk.; für Arbeiterinnen 1,45, nach 3 Monaten 1,50 Mk. Ueberstunden: in Meerane 40 Pfg. für die ersten 2 Stunden, 50 Pfg. für jede weitere. In Glauchau: soweit die Arbeiter bis 2,45 Mk. Tagelohn haben, 30 Pfg., von 2,45 bis 3,35 Mk., mehr als 3,40 Mk. Die bisher schon höheren Löhne werden fortbezahlt. Der Tarif enthält auch Aufbesserungen für Arbeiter. Ein Abzug von 10 pCt. vom Mindestlohn kann bei solchen Arbeitern gemacht werden, die noch nicht 6 Monate in der Branche thätig sind. Dieser Tarif sichert den Arbeitern über 18 Jahre einen Mindest-Wochenlohn von 14,70 Mk., während 15 Mk. gefordert waren. Die schnelle Wendung dieser Bewegung ist ein Beweis dafür, daß auch in schwierigen Fällen ein Weg zur Einigung gefunden werden kann. Die Unternehmer hatten aber zur Bedingung gestellt, daß die Führer des sozialdemokratischen Textilarbeiter-Verbandes ausgeschlossen blieben, weil sie mit diesen nicht verhandeln wollten. Verhandelt wurde mit den Ausschüssen. — Von der Lohnbewegung der Schußschuhmacher in Neumarkt (Schlesien) ist zu berichten, daß einige Meister den von den Gesellen vorgelegten Lohnstarif anerkannt haben. Das ablehnende Verhalten des Zünftungs-Obermeisters hält zahlreiche Kleinmeister von der Bewilligung der Lohnforderung ab. — Die von den Hand Schuhmachern in Halberstadt eingeleiteten Einigungsversuche sind gescheitert, weshalb der Streik zu einem schweren Kampfe auszuarten droht. — Die Differenzen im Rheinisch-Westfälischen Baugewerbe nehmen eine Wendung zum Besseren. Im Dortmundmunder Bezirk haben 31 Bauunternehmer, die etwa 800 Arbeiter beschäftigen, die Forderungen der Arbeiter bewilligt. Bei 60 Unternehmern dauert die Sperre, von der aber nur noch 150 Arbeiter betroffen werden, fort. Im Kreise Solingen ist die Lohnbewegung durch den Abschluß eines Tarifvertrages beendet worden. Durch die bereits in letzter Nummer des „Gewerkeverein“ berichtete Ablehnung jeder Lohnerhöhung seitens der Unternehmer in Essen ist es nunmehr zu einem Generalausstand sämtlicher Bauarbeiter dortselbst gekommen. Da auch die städtischen Bauten darunter leiden, wird es sich zeigen, inwiefern die Kommune das Versprechen ihres Oberbürgermeisters ablehnt, die Bauten auf eigene Rechnung zu vollenden, einlösen wird. Bisher ist von der Thätigkeit der zu diesem Zwecke eingesetzten sozialen Kommission noch nichts Entscheidendes bekannt.

Ueber die Aussichten der Sozialpolitik schreibt uns die „S. R.“ unter Anderem: Als der Reichstag im Mai d. J. ziemlich überraschend von der Regierung geschlossen wurde, nachdem eine Anzahl zeitraubender Arbeiten, wie das Militärpensionsgesetz und die Novelle zum Wörtengesetz nahezu zum Abschluß gebracht worden waren, wurde vielfach die Ansicht laut, daß von der Regierung mit Rücksicht auf die arbeitsreiche Sitzungsperiode des kommenden Winters ein um so früherer Termin zu seiner Wiedereinberufung in Aussicht genommen sei. In dem Winterprogramm des Reichstages sollte dann neben der Reichsfinanzreform die Sozialpolitik einen hervorragenden Platz einnehmen.

Diese Ansichten, die auch neuerdings in der Presse wieder Anhänger finden, sind mit Vorbehalt aufzunehmen. Mit der Einberufung des Reichstages wird in gut unterrichteten Kreisen nicht vor dem 10. November gerechnet, und wir glauben nicht, daß die Aussichten der Sozialpolitik in der neuen Parlamentssession allzu rosig sind. Die sozialpolitischen Neigungen in Regierungskreisen sind gegenwärtig recht gering und dem entspricht die Fortführung der in Arbeit befindlichen Gesetzesvorbereitungen. Was den Reichstag in erster Linie beschäftigen wird, ist die lange angekündigte Reichsfinanzreform und mit Hilfe der hierdurch gewonnenen Mehreinnahmen nicht etwa sozialpolitische Reformen, sondern eine Flottenvermehrung großen Stills. Als Pfaster auf das Loch im Geldbeutel des Steuerzahlers wird dann vielleicht eine Gesetzesvorlage über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine gedrückt werden.

Für die Wittwen- und Waisenversicherung liegen die Gutachten der Einzelregierungen zwar vor, die Ausarbeitung ihrer Grundzüge wird aber noch so viel Zeit in Anspruch nehmen, daß an die Vorlegung des Entwurfes in der nächsten Tagung nicht zu denken ist. Die Arbeitslosenversicherung soll berührt werden in einer im Kaiserlichen Statistischen Amte vorbereiteten Denkschrift, die dem Reichstage bei seinem Zusammentritt vorgelegt werden wird. Darauf kann man neugierig sein.

Von den Gesetzen auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes besitzt, wie erwähnt, die Anerkennung der Rechtsfähigkeit der Berufsvereine gegenwärtig die meiste Aussicht auf Verwirklichung. Allerdings handelt es sich hier um ein seit recht langer Zeit fälliges Versprechen. Trotzdem Graf v. Posadowsky den Gesetzentwurf bereits in der Reichstags-Sitzung vom 12. Januar 1904 in Aussicht gestellt hatte, trotzdem der Handelsminister Müller im Januar d. J. gelegentlich der Interpellation über den Bergarbeiterstreik im Reichstage mit Emphase verkündete, das schon lange angekündigte Gesetz über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine und ein solches über die Arbeitskammern seien in Vorbereitung und würden vielleicht noch am Schlusse der Session dem Hause vorgelegt werden, ist das Versprechen uneingelöst geblieben.

Während aber das Gesetz über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine wirklich soweit vorbereitet ist, daß mit seiner Vorlage für den Winter gerechnet werden kann, ist dies hinsichtlich der gleichfalls genannten Arbeitskammern noch nicht der Fall. Die neuerliche vielfache Behandlung dieser Materie in den Parteien und der Presse mit ihren vielfachen divergirenden Gesichtspunkten hat zu einer gewissen Unsicherheit geführt, ob der ursprünglich geplante Weg eines Anschlusses an die Gewerbegerichte zweckmäßig sei, sodas voraussichtlich noch neue Untersuchungen nach dieser Richtung stattfinden werden.

Die hejsumstrittene, mehr verbesserte als verbesserte preussische **Bergesetznovelle** hat zu Gesele an Bord der „Hohenzollern“ die Unterschrift des Königs gefunden und tritt nunmehr am 18. August in Kraft. Die Schluß- und Uebergangsvorschriften in Artikel VI des Gesetzes bestimmen, daß die durch das Gesetz erforderliche werden den Änderungen der Arbeitsordnungen spätestens drei Monate, die Einrichtung der ständigen Arbeiterausschüsse spätestens vier Monate nach dem Inkrafttreten des Gesetzes erfolgt sein müssen. Eine genauere Beschreibung des Inhalts der Novelle finden unsere Leser in Nr. 11 des „Gewerkevereins“. Das Herrenhaus hat an der hier mitgetheilten Fassung nichts geändert.

Ein **Schweizerischer Parteitag** (sozialdemokratischer Richtung) fand am 5. August in Lausanne am Genfer See statt. Vormittags tagte der Grütliverein und Nachmittags der sozialdemokratische Parteitag. Der Grütliverein wurde 1838 von bürgerlichen Arbeitern und Arbeiterfreunden als ein Arbeiterbildungsverein gegründet. Seitdem die Sozialdemokraten im Grütliverein die Mehrheit haben, war es ihr Bestreben, alle Nichtsozialdemokraten hinaus zu bringen. Das ist ihnen auch zum guten Theil gelungen, da aber immerhin noch eine Minderheit bürgerlich denkender Arbeiter und Handwerker der Krankenkasse wegen im Grütliverein verblieben sind, so sollte diesmal mit ihnen aufgeräumt werden. Es war beantragt, daß alle Diejenigen aus dem Grütliverein auszuschließen sind, die einer anderen als der sozialdemokratischen Partei angehören.

Der Antrag führte zu einer lebhaften Debatte. Es wurde eingewendet, daß sich unter den Auszuschließenden alte, um den Grütliverein verdiente Männer befänden, die Jahrzehnte lang mitgewirkt und zur Krankenkasse Beiträge gezahlt hätten. Das Centralomitee fürchtete auch wohl, daß durch ein so rücksichtsloses Vorgehen, dem Grütliverein, der ohnehin nicht mehr wachse, Schaden zugefügt werde. Schließlich einigte man sich dahin, daß die Nichtsozialdemokraten im Grütliverein noch so lange geduldet werden sollen, wie sie sich still verhalten und nicht politisch für eine bürgerliche Partei eintreten. Das ist ein Vorgang, der die Aufmerksamkeit aller deutschen, für wahre Freiheit und selbstständiges Denken wirkenden Arbeiter verdient.

Auf dem Nachmittags stattfindenden sozialdemokratischen Parteitag der Schweiz gab es eine lustige Blamage für die „Zielbewußten“. Die Genfer Parteiversammlung hatte folgenden Antrag gestellt:

1. Der Parteitag beschließt die Aufstellung eines Reglements für Erziehung und Speisung einer Unterstützungs-kasse zu Gunsten von Soldaten, die im Streikfalle den Dienst verweigern.
2. Das Parteikomitee wird beauftragt, Mittel und Wege zu studieren, wie die Bestimmungen der Bundesverfassung über das Militärwesen und den Militärdienst aufgehoben werden könnten.
3. Die Partei beschließt: Die sozialdemokratischen Vertreter in der Bundesversammlung haben das Militärbudget in seiner Gesamtheit so lange zu verweigern, bis das absolute Verbot der Verwerbung von Truppen im Streikfalle gesetzgeberisch festgelegt ist.
4. Die Partei erneuert das dem Parteikomitee erteilte Mandat, ohne Verzögerung eine Volksinitiative zur Reduktion der jährlichen Ausgaben für das Militärwesen auf 20 Millionen Franken einzuleiten.

Als der Antrag verlesen war, stellte es sich unter großer Heftigkeit des Parteitages heraus, daß die Genfer Delegirten den Saal absichtlich verlassen hatten, weil es ihnen nicht paßte, den ihnen viel zu radikalen Antrag zu vertreten. Es fand sich aber ein Neuenburger Delegirter, der den verwaisenen Genfer Antrag verteidigte und so eine heiße Debatte herbeiführte. Schließlich fiel der Antrag unter den Tisch, es soll aber ein besonderer Kongreß für die Berathung der Militärfragen in Aussicht genommen werden.

wird vom 1. September 1905 ab geschaffen. Die englische Bergarbeiterorganisation wird mit der Einrichtung dieses Instituts beauftragt; sie übernimmt während des ersten Jahres provisorisch die Kosten. Dem internationalen Komitee wird bei seinem nächsten Zusammentritt über die Thätigkeit des Sekretariats Bericht erstattet. Nach den dann gemachten zwölfwöchentlichen Erfahrungen werden die Kosten auf die einzelnen Organisationen verteilt.

Diese Resolution wurde dann auch ohne Debatte einstimmig angenommen. Zur Frage der Arbeiterversicherung wurde beschlossen, daß in den einzelnen Ländern Gesetze gefordert werden sollen, nach welchen den arbeitsunfähigen Arbeitern und ihren Hinterbliebenen eine auskömmliche Rente gesichert wird. Es wird sodann noch „im Prinzip“ die Verstaatlichung der Gruben und die internationale Regelung der Produktion ausgesprochen. Doch soll diese Frage auf dem nächsten Kongreß, der 1906 in London stattfindet, beraten werden.

12. Jahresversammlung des Centralverbandes von Ortskrankenkassen im Deutschen Reich.

In Dresden versammelten sich am 6. und 7. August die Vertreter zahlreicher, zum Centralverbande gehörigen Ortskrankenkassen zu ihrer ordentlichen Generalversammlung. Die Tagesordnung wies im Ganzen 6 Hauptpunkte auf, von denen als die wichtigsten die Vereinheitlichung der Arbeiterversicherung und die Gehaltsverhältnisse der Kassenbeamten hervorzuheben sind. Die Stellung des Centralverbandes zur Herbeiführung einer einheitlichen, alle Versicherungsarten umfassenden Arbeiterversicherung legte derselbe bereits in einer Petition fest, die im April d. J. an den Reichskanzler gesandt wurde. Darnach sollen alle bestehenden Krankenkassen, Berufsgenossenschaften, Invalidenversicherungsanstalten und selbstständigen Kasseneinrichtungen zu einer allgemeinen einheitlichen Versicherung umgewandelt werden. Ohne darauf näher einzugehen, behalten wir uns vor, unsere abweichende Anschauung zu dieser Materie in nächster Zeit darzulegen. Für heute möchten unsere Leser von den internen Beschlüssen und Debatten über die Gehaltsfrage der Kassenbeamten Kenntnis nehmen.

Auf dem vorjährigen Verbandstage der Ortskrankenkassen zu München wurde seitens des Verbandes der Ortskrankenkassenbeamten ein Gehaltsstarif vorgelegt, der auch die Zustimmung des Kongresses gefunden hat. Eine paritätische Kommission wurde beauftragt, für Einführung dieses Tarifs bei sämtlichen Ortskrankenkassen zu sorgen. Gleich zu Beginn der Verhandlungen traten die Kassenvorstände von Dresden, Leipzig, Chemnitz und anderen Orten den Wünschen der Angestellten entgegen. In Folge dessen fühlten sich die diesjährigen Vertreter der genannten Städte veranlaßt, eine Revision des Gehaltsstarifs zu fordern. Bei Beratung des diesbezüglichen Antrages kam es zu scharfen Auseinandersetzungen zwischen den einzelnen Vertretergruppen. Um zu verhüten, daß der diesjährige Kongreß in die Fußtapfen seines Vorgängers tritt, wollte man das Stimmrecht einer Beschränkung unterziehen. Darnach sollten die zu den Ortskrankentagungen delegierten Beamten von der Mitwirkung in ihren eigenen persönlichen Angelegenheiten ausgeschlossen werden. Schmerzvoll mußte Herr Gräf aus Frankfurt mitteilen, daß 107 Kassen die Einführung der neuen Bedingungen abgelehnt haben. Nur 815 Beamte, die bei 62 Kassen beschäftigt sind, erfreuen sich der Wohlthaten der neuen Anstellungsbedingungen. Ueber die gepflogenen Debatten giebt die „Berliner Volkszeitung“ nachstehende Blüthenlese:

Pollender-Leipzig greift die Münchener Beschlüsse heftig an, die an vielen Orten einfach undurchführbar seien. Eine Revision dieser Beschlüsse sei dringend notwendig. Die Krankenkassen haben fremdes Geld zu verwalten und insbesondere das Geld von Arbeitern. Wir können nicht die soziale Frage allein für die Angestellten der Krankenkassen lösen. (Lebhafte Zustimmung und Widerspruch.) Die Herren, die die Münchener Beschlüsse gefaßt haben, sind zum größten Teil wohl nicht im Stande gewesen, die Tragweite ihrer Beschlüsse zu ermessen. (Stürmischer Widerspruch und Sehr richtig!) Wenn die Leipziger Kasse sich den Münchener Beschlüssen gefügt hätte, so hätte sie für ihre Angestellten jährlich 135 000 Mk. mehr aufwenden müssen. In Fragen, die sie selbst angehen, dürfen Delegierte, welche Angestellte der Kasse sind, überhaupt nicht mitstimmen. (Lebhafte Widerspruch.) Das erfordert einfach der gute Ton.

Sischer-Weimar wendet sich gegen den Vorredner. Man habe in München sehr wohl gewußt, was man thue, und lasse sich hier nicht Dummheit vorwerfen. Man habe in München besonders die unteren Beamten besser stellen wollen. Wir müssen unsere Angestellten so bezahlen, daß sie nicht zu Veruntreuungen verleitet werden.

Reichstagsabgeordneter Fräßdorf-Dresden hält auch die Durchführbarkeit der Münchener Beschlüsse für unmöglich. Der Verband kann nur die Grundzüge aufstellen und muß das Andere den einzelnen Kassen überlassen. Die Verhältnisse sind überall verschieden. Die Tragweite der Beschlüsse ist nicht erkannt worden. In Dresden sind den Beamten 100 bis 140 Mk. vorgelegt worden, und trotzdem werden wir fortgesetzt von der „Volkskühnsten Zeitung für Arbeiterversicherung“ des Herrn Wendlandt auf das Schmähdichste angegriffen. Wir können uns nicht fortgesetzt vor den Bogen der Beamten spannen und von Herrn Wendlandt schlagen lassen, wenn wir nicht schnell genug fahren. Das geht über die Puffschur. Man stellt uns als Ausbeuter hin, sagt, wir hätten die Pensionskassen eingeführt, um unsere Beamten auszuplündern. Wenn mir Jemand das auf der Straße sagt, dann ohrfeige ich ihn. (Zurufe: Das geht doch zu weit!) Die Wendlandtschen Ausführungen sind von dem ärgersten Feinde der Selbstverwaltung Dr. Rugdan-Bremen gegen uns benutzt worden. Die Kasse ist nicht nur der

Beamten wegen da, sondern der Versicherten wegen. Es kommt hier schließlich wie bei der Konsumvereinsbewegung, wo auch die Beamten herrschen wollen. Wir wollen Frieden mit unseren Beamten, aber beherrschen sollen sie uns nicht. (Stürmischer Beifall.)

Bergmann-Breslau: Herr Fräßdorf hat hier den Herrenstandpunkt in einer Weise vertreten, daß ich nur sagen kann: Julius, mir graut vor Dir! (Große Heiterkeit.) Die Kassenbeamten müssen oft 14 bis 15 Stunden täglich arbeiten. (Lebhafte Widerspruch. Zurufe: wöchentlicher!) Da ist das Gehalt nicht zu hoch.

Gräf-Frankfurt wendet sich gegen Fräßdorf. Wenn diesem in einer Holzarbeiterversammlung gesagt würde, ein Unternehmer könne die geforderte Erhöhung nicht zahlen, würde er sagen: Dann mach die Bude zu! (Lebhafte Zustimmung.) Hier hört man's anders. Fräßdorf, Julius L. (Stürmische Heiterkeit), hätte es auch nicht besser gemacht als wir.

Sydow-Berlin tritt für die Münchener Beschlüsse ein, die ja auch in mehreren großen Berliner und Frankfurter Kassen durchgeführt seien. Warum soll das nicht auch bei den großen sächsischen Kassen möglich sein, die man doch für mustergiltig hält.

Pollender-Leipzig: Viele Krankenkassenbeamten möchten am liebsten mit den Arbeitern nichts zu thun haben, sie wollen Staatsbeamte werden. (Zuruf: Kein Wunder!)

Ab. Kohn-Berlin: Ein Bank- oder Fabrikdirektor hätte nicht besser den kapitalistischen Standpunkt vertreten können, als es Fräßdorf und Pollender gethan haben. Auch diese können sagen, sie verwalten fremde Gelder.

Diese Ausführungen geben ein wenig günstiges Bild von dem Verhältniß der Kassenvorstände zu ihren Angestellten. Das Streben der Angestellten, vermittelt ihrer Organisation Gehaltsstarife mit den Krankenkassen abzuschließen, findet bei den vorwiegend sozialdemokratischen Vorständen kein Verständnis. Mißfah sind die Stellen bei den Ortskrankenkassen Versorgungs- gemäßigter „Genossen“. Da darf man sich nicht wundern, daß diese Angestellten es verstehen, eine straffe Organisation zu halten. Der Zusammenstoß in Dresden war vorauszu sehen. Der Selbstverwaltung war er wenig nützlich.

Wochenschau.

Berlin, 15. August 1905.

Die Gewerkschaften und die Politik. Die Gewerkschaften sind keiner bestimmten politischen oder religiösen Partei verpflichtet, daher dürfen sie mit vollem Recht als wahrhaft neutrale Organisationen bezeichnet werden. Diesen Standpunkt werden die Gewerkschaften unverrückbar festhalten. Die anderen Organisationen erfreuen sich dieser Unabhängigkeit nicht, aber sie werden durch die Macht der Verhältnisse dazu gezwungen, auf den Boden der Neutralität treten zu müssen, wenn sie dauernd erfolgreich sein wollen.

Die Neutralität der Gewerkschaften verpflichtet die Gewerksvereiner nicht zur politischen Unthätigkeit. In Gegenteil, auch in dieser so wichtigen Frage soll jeder Gewerksvereiner seine Bürgerpflicht erfüllen.

Der Ortsverband Essen a. d. R. will diese Bethätigung der Gewerkschaften im Wahlkreis Essen, in welchem durch den Tod Stöckels eine Nachwahl notwendig wird, einheitlich gestalten. Ein 19 Forderungen enthaltendes Programm soll den Kandidaten zur Erklärung vorgelegt werden. Nach einem Circular des Rheinisch-Westfälischen Ausbreitungsverbandes, der das Vorgehen des Ortsverbandes inspirirt hat, soll nach Eingang der Antworten derjenige Kandidat bezeichnet werden, den die Gewerksvereiner zu wählen hätten. Der Ortsverband Essen selbst will aber nicht so weit gehen, einen bestimmten Kandidaten zu bezeichnen.

Das Bureau des Centralraths will nicht das Vorgehen des Ortsverbandes nicht und muß diesem die ganze Verantwortung für seinen eigenmächtigen Schritt überlassen.

Das Vorgehen kann um so weniger gebilligt werden, als einem einzelnen Orts- oder Ausbreitungsverband nirgendwo das Recht eingeräumt ist, im Namen der Gewerksvereiner politische Forderungen aufzustellen. Die Stellung der Gewerksvereiner in der Öffentlichkeit kann nur durch die dazu berufenen Vertretungen des gesammten Verbandes, durch den Verbandstag oder den Centralrath, bestimmt werden. Der Ortsverband Essen hat bedauerlicher Weise dem ihm ertheilten Rath entgegen sich auf ein Experiment eingelassen, für welches der Wahlkreis Essen bei dieser Wahl wenig geeignet erscheint.

Unter den 19 Forderungen sind obendrein solche, denen noch nicht aufgehobene Beschlüsse der Organisation entgegenstehen bezwo. für welche es bisher noch an einer Entscheidung durch den Verbandstag fehlt.

Es kann sehr wohl auf dem nächsten Verbandstag erwogen werden, ob ein Programm politischer Forderungen aufzustellen ist, um die Kandidaten zu veranlassen, sich darüber zu äußern. Die englischen Gewerksvereiner machen es heute schon so und die Redner unseres Verbandes haben auf diese, die parteipolitische Unabhängigkeit der Gewerksvereiner während der politischen Bethätigung wiederholt hingewiesen. Das Programm muß dann aber alle diejenigen Punkte vermeiden, über welche es nicht zu einer Einigung kommen kann. Sonst wird nur Uneinigkeit in die Organisation getragen.

ihrem Tagewerte oft vielleicht mit mehr Verstand nachgehen, als viele würdige Bürger, die im Ruße stehen, gesund an Körper und Geist zu sein. Die Stadt beherbergt etwa 1500 Irre, die von den Bewohnern als Pensionäre aufgenommen worden sind; es sind jedoch nur harmlose Kranke, denn die gefährlichen kommen in die weiter abliegenden Dörfer oder in die Anstalt. Man sucht auf die Kranken nur moralisch einzuwirken, und es sind in der That manche Heilungen der Güte und dem Takte der Bewohner zu verdanken. Die Preise für „Unschuldige“, so sagt man in Gheel, schwanken zwischen 240 bis 2400 Mark jährlich, je nach dem Grade des Luxus, den der Kranke beansprucht. Wieviel er aber auch zahlt, er wird immer von der Familie, bei der er wohnt, verhätschelt. Die Bewohner von Gheel verstehen sich auf die Behandlung von Verrückten ganz ausgezeichnet; das ist die Folge Jahrhunderte langer Erfahrungen, die vom Vater auf den Sohn überliefert werden. Der Kranke ist bestial der Gast des Hauses. Er bekommt den Lehnstuhl und den besten Platz bei Tische, er genießt die meiste Aufmerksamkeit, und so lernt er immer mehr den Werth der Achtung schätzen, die man ihm zollt, und bemüht sich daher, seine Krankheit zu meistern, um seine Vorrechte nicht zu verwirken. Selbst die Kinder in Gheel sind an den Umgang mit Irren gewöhnt. Man sieht sie, wie ein englischer Besucher der Stadt schreibt, zu Duzenden, wie sie Hand in Hand mit großen robusten Männern gehen und vertraulich mit ihnen schwätzen. Ja, oft versorgt der Kranke das Baby des Hauses; meist ist er ein vorzüglicher Pfleger. Natürlich wimmelt es in Gheel von „Kaisern“, „Königen“, „Königinnen“, „Millionären“, „Päpsten“, „Erzbischöfen“, „Kaisern“ u. s. w. Die Bewohner der Stadt gehen willig auf die Hirngespinnste ihrer unglücklichen Gäste ein. Ein „König“ erzählt allen eben Angekommenen, daß er zwei linke Beine habe und dementsprechend seine Stiefel und Hosen machen lassen müsse. Ein anderer alter Herr, der sich für den Papst in Rom hält, meint, er könne vom Himmel fliegen, im Augenblick sei er nur zu die. Sein Wirth ist scheinbar erbötig, ihm bei einem Fluge aus einem Fenster des zweiten Stockes zu helfen; aber er warnt ihn doch, er könnte fallen und sich den Hals brechen, worauf der „Papst“ lieber bis „nach dem Meer“ wartet. Ein jüngerer Mann sucht immer noch einen Beil; er lebt in dem Wahn, er sei plötzlich so stark geworden, daß er den Hölzereingang zerhauen müsse, um ein- und ausgehen zu können. Ein anderer wieder bittet die Fremden in den Straßen Gheels ihrnenden Auges um Schutz gegen einen schrecklichen Riesenschmetterling, der ihn angreifen und sein Gehirn essen wolle. Wieder einer hält sich für ein Samenorn und bittet, man möchte ihn doch in die Tasche stecken, damit der Wind ihn nicht fortbläst. Vor kurzem war einer der „Unschuldigen“ schrecklich aufgereggt, weil er sich für ein Senfkorn hielt und glaubte, die Vögel würden ihn verschlucken. Sein Wirth beruhigte ihn aber und meinte: „Gabe ich Ihnen nicht gesagt, daß Sie sicher sind, da die Vögel nur Hanfsamen essen.“ Eine „Königin von Holland“ hält mit der größten eingebildeten Pracht Hof; ihre Besucher empfängt sie mit großem Pomp, bedauert, daß ihnen zu Ehren die Truppen nicht präsent haben, und singt dann in den höchsten Tönen Arien aus den belanntesten Opern. Während einer hält sich für ein Senfkorn, giebt einem Kammerherrn, der nur in ihrer Vorstellung lebt, Befehle und weist auf die Regimenter vorüberziehender Truppen, die natürlich auch nicht existiren. Sie ist die Tochter eines hohen holländischen Staatsbeamten. Zu den Wirthschaftsbauern in Gheel sind die Wirthse sehr höflich und rücksichtsvoll gegen die „Unschuldigen“, gehen auf alle ihre Launen ein und führen anscheinend ihre mildesten Mahntbeuten aus. Es ist ein merkwürdiger Anblick; aber es ist wirklich rührend, wie schonend, tactvoll und wohlwollend auch die einfachen Leute mit den Unglücklichen umgehen. Das gänzliche Fehlen jeden Zwanges würde die modernsten Irrenärzte in Erstaunen setzen. Nebenärzte aus der ganzen Welt kommen denn auch nach Gheel, Kranke aus aller Herren Länder werden dorthin gebracht. Alle Ärzte, die dort gewesen sind, haben einen tiefen Eindruck von der Wirksamkeit der Behandlung empfunden, die sich nur auf Freundlichkeit und Takt beschränkt. Alle Patienten scheinen vollkommen zufrieden zu sein; sie bekunden die größte Liebe zu ihren Wirthsen und singen das Lob der Stadt. Für gefährliche Fälle ist in Gheel eine Anstalt unter Leitung staatlicher Aerzte, die auch regelmäßig die Kranken in der Stadt besuchen.

Die Humanität.

Gewerkvereins=Theil.

§ Neue und Umgegend. Am 16. Juli hielt der Ortsverband Neue und Umgegend seine Verbandversammlung in Lauter ab. Als Referent, welcher uns vom Centralrathe herbeiwünscht wurde, war Kollege Bergmann aus Gemmin erschienen. Eröffnet wurde die Versammlung durch den Ortsverbands-Vorsitzenden Karl Schmidt. Derselbe begrüßte sämtliche Kollegen und gedachte hierauf in kurzen Worten des Hinscheidens unseres Verbandsanwalts Dr. Max Hirsch und ertheilte dem Referenten Kollegen Bergmann das Wort zu seinem Vortrag über das Thema: „Was die Gewerksvereine wollen und was sie sollen.“ Redner legte den Mitgliedern ans Herz, daß sie ihre Pflicht nicht nur durch Steuerzahlen und Besuchen der Versammlungen erfüllen können, sondern sie sollen auch mithelfen, die Gewerksvereine zu fördern und erwähnte kurz das Leben und Wirken unseres Verbandsanwalts. Redner trat den unwahren Behauptungen, die unsere Gegner nach dem Hinscheiden unseres Verbands Dr. Max Hirsch von Neuem aufsuchen, entgegen. Hierauf schloß Kollege Bergmann die Gewerk-

vereine von ihrer Gründung bis auf den heutigen Tag. Weiter erwähnte derselbe noch den Unterschied zwischen den Statuten des Gewerksvereins und denen des Metallarbeiterverbandes. Zum Schluß forderte der Vortragende die Mitglieder auf, das, was unser Verbandsanwalt geschaffen hat, auch zu erhalten und erweitern zu suchen. Nach Beendigung des Vortrages dankte der Vorsitzende dem Referenten im Namen des Ortsverbandes und forderte die Kollegen auf, ihren Dank durch Erheben von den Plätzen zu bekunden, was auch geschah. Dem mit Beifall aufgenommenen Vortrage schloß sich eine kurze Diskussion an. Kollege Bergmann noch an dieser Stelle besten Dank. Max Raquel, Ortsverbandschriftführer.

§ Magdeburg. Sozialdemokratischer Terrorismus. In Nr. 184 der Magdeburger „Volkstimme“ giebt der „Beamte“ des Holzarbeiterverbandes einmal wieder eine Vorlesung als „Gaulter“. Auf den Artikel in Nr. 30 des „Gewerkverein“ aus Magdeburg antwortet er nämlich in der „Volkstimme“ in einer Art, die sofort den geübten Gaulter und Klausenmacher verräth. Die Notiz sei ihm zuerst durch die „Magdeb. Ztg.“ „zu Gesicht“ gekommen. Nachdem ihm aber die Originalnotiz im Gewerkverein „zu Gesicht“ gekommen, sei für ihn klar gewesen, daß den Holzarbeiterverband die Sache nichts angehe. Dabei hatte die „Magdeb. Ztg.“ die Notiz aus dem Gewerkverein wörtlich übernommen. Ging sie also den Holzarbeiterverband nichts an, warum begriff man dies erst, als man die gleiche Notiz an ihrer ersten Stelle gelesen hatte? Im Gewerkverein war der Holzarbeiterverband thatsächlich nicht einmal genannt, da es sich ja nicht um eine Lischerei, sondern um eine Holzbildhauerei handelte. Wieviel glaubte der geniale Gewerksvereinsleiter des Holzarbeiterverbandes, daß man in einer Bildhauerei auch Asphaltarbeiten verrichte und Pantinenhölzer verarbeite, sonst konnte er überhaupt auf die Sache nicht eingehen. Wenn man aber schreibt, daß „Lüneburgerstraße 2“ eine Lischerei nicht existiere, so sei ihm gesagt, daß wenn er lesen könnte, er dies auch in der „Originalnotiz“ nicht finden konnte, dort ist von dem Bildhauer Koch die Rede. Möchte sich doch der Herr einmal in die betreffende Straße begeben, bei seiner „Größe“ wird er mit der Nase an das Schild reichen können; oder aber, er nehme das Adreßbuch und das Fernsprechanschlugsverzeichnis zur Hand, dann wird er finden, immer vorausgesetzt, daß er lesen kann, daß das im „Gewerkverein“ Geschriebene den Thatsachen entspricht.

Also was ist Schwindel? Mit lauter Schwindel sucht der Artikelschreiber wieder sein Streifenpferd zu reiten: „der Magdeburger „Schleier“. Wie viele Streikbrecher hatte aber der Holzarbeiterverband zu verzeichnen? Und wieviel wurden von seiner Zeitung mit Streikbrecherkarten ausgerüstet? Bitte also etwas vorsichtiger zu sein in der Blaue- beifrage, wir könnten sonst deutlicher werden. Ich hätte auf das Gefühl nicht geantwortet, einmal weil mich der Artikel im Gewerkverein nichts angeht, den hat der betreffende Kollege selbst geschrieben, dann aber auch, weil ich keine Ursache habe, den beamteten Holzarbeiterverbändler in seiner Prozedur als Gaulter zu fördern. Ich beglückwünsche die Mitglieder des Holzarbeiterverbandes zu solchen „Führern“. Was aber der Artikel im Gewerkverein wollte, eine schäbige Handlung zu verurtheilen, das hat er erreicht. Aber nicht ein einziges Wort derjenigen Richtung, die vorgiebt, für Recht und Freiheit zu streiten, hat den Muth gehabt, jenen im Gewerkverein bewiesenen und gebrandmarkten Terrorismus gegen Andersdenkende zu verurtheilen. Damit hat man zugestanden, daß man einen Terrorismus, den man selbst ausüben kann, als gerechtfertigt anerkennt, dagegen ihn auf's Schärfste verurtheilt, sobald er von anderer Seite kommt. Das Alles entspricht auch der Meinung, die der Angreifer einst gethan: „Hier, bei seinen Genossen, herrscht eine Sawirthechaft schlimmer Art.“

§ Spandau. Der D. V. der Fabrik- und Handarbeiter hielt am 5. d. M. im Vereinslokal seine Monatsversammlung ab, welche gut besucht war. Zu dieser Versammlung hatte unser Verbandsgenosse Otto Schmidt vom D. V. der Maschinenbau- und Metallarbeiter einen Vortrag über die Entwicklungsgeschichte der Menschheit vom Geopäeder Moses an ausgesagt. Der Vortrag war sehr belehrend. Auch wurden viele Fragen und Meinungen ausgetauscht, welche vom Referenten nach Möglichkeit klargelegt wurden. Die gut besuchte Versammlung spendete dem Redner lebhaften Beifall. Max Balzer, Schriftführer.

§ Nordermünde. Der D. V. der Töpfer und Ziegler feierte am 30. Juli sein Sommerfest, bestehend aus Königstischen, Laubentwerfen, — zur Veruhigung aller Ehrenernde sei bemerkt, daß es sich nur um Hon- tauben handelt — Kinderbelustigungen und Abends Ball. Es hatten sich die Mitglieder schon am Mittag zum Ausmarsch durch die Stadt versammelt. Kollege Ziegenhagen errang die Königswürde und Königin wurde Frau Michaelis. Kollege Bräder-Stralsund hielt die Festrede, in welcher er zuerst unseres verstorbenen Anwalts Dr. Max Hirsch gedachte und dann in wirkungsvoller Rede alle Zuhörer für die Gewerksvereinsangelegenheiten begeisterte. Jeder Ortsverein müsse aber getreu seinen Pflichten nachkommen, damit die Gewerksvereine stark und einig bleiben und viele Fortschritte machen. Der Ball am Abend war ebenfalls gut besucht. H. Krohn, Sekretär.

Verbands=Theil.

* **Kauf an alle Ortsvereine und Verbände von Hagen und größerer Umgegend in Westfalen.** In Nr. 30 unseres Organs erfolgte die Einladung zu einer am 6. August zu Hagen stattfindenden Gewerksvereins-Konferenz mit der Tagesordnung: Wie die hiesigen Verhältnisse drängen, ein Arbeiterssekretariat für Hagen und Umgegend zu errichten und dessen Zwecke für unsere Organisation. Diese Konferenz erreichte sich eines guten Besuchs. Das Referat erfolgte wurde beifällig aufgenommen. Nach einer freien Aussprache wurde mit großer Majorität beschlossen, an die Gründung eines Arbeiterssekretariats für Hagen und größerer Umgegend heranzutreten. Es wird dadurch an alle Ortsvereine jeden Berufes von wiederholt vorgenannter Gegend das Ersuchen gestellt, doch dieser, in der Zukunft als dringlich gewordenen Einrichtung ihren Beitritt bis spätestens den 20. September schriftlich, zu gleicher Zeit mit genauer Angabe der Mitgliederzahl, an den Ortsverbands-Sekretär Curt Reichel, Hagen i. W., Frankfurterstr. 42 H., gütigst gelangen zu lassen. Noch nähere Mittheilungen werden jedem Ortsverbands- und Ortsvereins-Sekretär handschriftlich mitgetheilt. Die Herren Verbände

Das Schiff zur Reise nach Asopien schwankt bedenklich, die Passagiere werden seckrank. Das Organ des gewerkschaftlichen Zimmerer-Verbandes: „Der Zimmerer“ schreibt in seiner Nr. vom 22. Juli in einem Artikel über den Kölner Gewerkschafts-Kongress und die Parteipresse:

„Es ist eine offenkundige Thatsache, die sozialdemokratische Partei (wir können, ohne Widerspruch in den Kreisen unserer Kameraden zu finden, auch dreifach sagen: unsere Partei) befindet sich seit langer Zeit in einer unangenehmen Situation, die in der nächsten Zeit noch schlimmer zu werden droht. Ihre wichtigsten theoretischen Lehrsätze haben sich als unhaltbar bezw. zweifelhaft herausgestellt. Die „Verelendungstheorie“ hat aufgegeben werden müssen, die „Zusammenbruchstheorie“ kann nicht aufrecht erhalten werden, die „Klassenstufen“ ist sehr zweifelhaft geworden und so steht es auch mit der Auffassung der chronischen Ueberproduktion und anderen Lehrsätzen. Zudem fällt alles das in der wirtschaftlichen Entwicklung der letzten Jahrzehnte keine ausreichende Stütze. In den Arbeitermassen ist zwar noch ein verhältnismäßig starker Glaube an diese Lehrsätze vorhanden, aber in den Kreisen der Parteiführer nicht und jedenfalls nicht in der politischen Arbeiterpresse. Dadurch schon kommt die Partei in die Lage eines schwankenden Schiffes, und der Parteigenossen bemächtigt sich allmählich dasselbe Gefühl, wie man es bei der Passagieren eines schwankenden Schiffes wahrnehmen kann. Alles wird nervös!“

Durch lärmendes Geschimpfe über andere Parteien und andere Arbeiterorganisationen, und auch durch gegenseitiges Herunterreden, werden die Arbeiter, „die noch einen starken Glauben“ an die sozialistischen Lehrsätze haben, in diesem Glauben zu erhalten gesucht. Die Parteiführer lehren Dinge, an die sie selbst nicht mehr glauben. So bescheinigt es selbst der sozialistische „Zimmerer“.

Wie weit könnte die deutsche Arbeitererschaft heute schon sein, wenn sie in ihrer Mehrheit statt Bebel unserm Max Hirsch gefolgt wäre.

Wierzig Jahre ist umsonst gekämpft worden für Lehrsätze, die von Max Hirsch u. A. von vornherein als „unhaltbar“ und „zweifelhaft“ bezeichnet wurden. Das ist bitter für alle Diejenigen, die an jene Lehrsätze geglaubt und auf ein Utopien gehofft haben.

Postkonditionen. Wir erhalten aus der bayerischen Hauptstadt folgende Zuskripte: Die Münchener Stadtverordneten-Versammlung hatte am 3. August eine stürmische Sitzung. Der bürgerliche Gemeindebevollmächtigte Herrmann hatte den Antrag gestellt, für den kommenden Winter Arbeit zu schaffen. Die Sozialdemokraten führten einige Spektakelszenen auf. Die Mehrheit der Stadtverordneten „meinten es gar nicht ernst mit der Einführung der Arbeitslosenversicherung“ und „wochen- und monatelang reiten die Herrschaften ins Bad, um sich von ihren Strapazen zu erholen“. Diejen und ähnlichen persönlichen Krakehl brachten die Sozialdemokraten vor. Sachlich zu diskutieren ist schwer und macht auf gewisse Theile der Arbeiterschaft nicht genug Eindruck.

Der Referent Glöckle führte aus:

Der Antrag des Kollegen Herrmann ist jetzt, da eine große Anzahl von Werkstätten und Baustellen von den Arbeitern verlassen ist, paradox; überdies ist von der Seite des Magistrats schon alles geschehen, was nur irgend geschehen kann, um den hier heimathberechtigten Familienvätern für den Winter Arbeit zu schaffen. Der Antrag ist also auch überholt. Obwohl die Winterarbeit theurer und schlechter ist als die reguläre, haben die verschiedenen Abtheilungen des Stadtbauamtes ein Verzeichnis von Arbeiten aufgestellt, die im Winter ausgeführt werden können: Zigarregulierung, Föhlung der Wasserträfte im Süden der Stadt und bei Moosburg, Zerkleinerung von Basaltbrocken (ca. 1000 Waggons), Straßenkanalisationen, Pfeilstrecken zum dritten Druckrohrstrang der Wasserversorgung, Schulhaus-Neubauten, Bau des Central-Fortbildungsschulhauses an der Brach-Strasse, Umbau der Anwesen Nr. 8 und 10 am Untertanzer, Theilbauten der neuen Gasanstalt bei Moosach zc. zc. Ich bin bei halb für die Übergabe des Antrages an den Magistrat zur Kenntnisaufnahme mit dem Ersuchen, den Antrag an die „Soziale Kommission“ zu leiten.

Materiall drehte sich die Debatte um die Frage, ob der Antrag dem Magistrat „zur Kenntnisaufnahme“ oder „zur Würdigung“ hinübergegeben werden sollte. Beschlossen wurde im letztgenannten Sinne. Aus der Debatte ist noch hervorzuheben, daß der sozialdemokratische G. B. Raith die Behauptung aufstellte, daß die Mehrheit der Gemeinde-Bevollmächtigten leicht 20000 Ml. übrig habe, wenn ein „Potential aus Hinterassen“ nach München komme. Daraus erklärte G. B. Dr. Becker, daß der „Potential aus Hinterassen“, der in München so feierlich empfangen sein soll, wohl nur in der Phantasie Raith's bestehe. Richtig sei aber, daß dem „Krankentassenkongress“ in München durch die Stadt Gastfreundschaft bewiesen worden sei. G. B. Döbler will sich etwas nicht vorwerfen lassen und stellt in Aussicht, daß die Krankentassen das Geld wieder in den Magistrat zurückgeben werden. Diese Rückgabe ist natürlich nicht möglich, weil die Ausgabe statutenwidrig sein würde. G. B. Schön beklagte sich darüber, daß die Stadt, die 20000 Ml., und die Privaten, die 70000 Ml. an die Arbeitslosen im vorigen Winter gegeben hätten, dafür von der sozialdemokratischen „Münchener Post“ verhöhnt worden seien. Nicht Mangel an gutem Willen, sondern lediglich die Schwierigkeit der Materie habe bisher die Durchführung der Arbeitslosenversicherung gehindert. G. B. Müller (ein Vorhandenmitglied des Arbeiter-Verbandes) verlangte, daß die Gewerkschaften, die Hunderttausende von Mark für oft nutzlose Streiks ausgaben, müssten die Arbeitslosen-Versicherungsfrage selbst zu lösen im Stande sein.

Politik und Genossenschaft. In der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ berichtet Dr. R. Niehn über den britischen Genossenschaftskongress 1905. Auf der Tagesordnung des Kongresses stand ein Referat von Tweddel über „Direkte parlamentarische Vertretung“. Dr. Niehn berichtet sehr eingehend über das Referat und die Verhandlungen, die sich daran anknüpften. Der Referent pläbirt dafür, ein besonderes Komitee entscheiden zu lassen: „ob die aktive Mitgliedschaft bei dem „Labour Representative Committee“ oder die „direkte Entsendung von Vertretern ins Parlament“ vorzuziehen sei.“ Der Referent bekämpfte die in den „Cooperative News“, dem Organ des englischen Genossenschaftsverbandes, erhobenen Einwendungen. Das Referat schloß mit der folgenden, wie Dr. Niehn bemerkte, „eigenartigen“ Drohung:—

„Und wenn man uns die Möglichkeit verweigert, durch eine genossenschaftliche Vermittelung hindurch unseren politischen Einfluß zu nähern, so werden wir genöthigt sein, ihn durch andere Kanäle hindurch auszuüben, und mag es dann sein, daß wir politische Verbindungen stiften helfen, die weit entfernt von freundlicher oder sogar feindlicher Gesinnung gegenüber den genossenschaftlichen Interessen sind.“

Der Referent hatte folgende Resolution eingebracht:

1. Der Kongress hält die Sache für gekommen, wo es notwendig ist, daß die Genossenschaften um der höchsten Interessen der Genossenschaftsbewegung willen in und durch ihre eigene Organisation sich in stärkerem Maße betheiligen sollten an der Gesetzgebung und Verwaltung des Landes.

2. Der Kongress ist ferner der Meinung, daß diese Absicht am besten erreicht werden kann durch Verbindung der eigenen Kräfte mit dem Labour Representative Committee, indem so eine starke Partei für Fortschritt und Reform gebildet wird. Das parlamentarische Komitee wird hierdurch angewiesen, in Uebereinstimmung mit den Direktiven dieser Resolution zu handeln.“

Der erste Theil der Resolution wurde mit 654 gegen 271 Stimmen angenommen. Der zweite Theil der Resolution wurde in lebhafter, wie sich aus den Ausführungen des Dr. Niehn ergibt, zum Theil in schärfster Weise bekämpft. Der englische Verband hat ein besonderes „parlamentarisches Komitee“. Es wurde dem Komitee zum Vorwurf gemacht, den Referenten zur Erläuterung des Referats aufgefordert zu haben. Das Komitee entschuldigte sich in folgender merkwürdigen Weise: „Man sei nun überzeugt, daß nimmer wieder die Frage der politischen Aktion vor den Kongress komme.“

Der Vertreter von Leeds brachte schließlich eine Resolution ein, die lautete:

„Nach Meinung des Kongresses ist es nicht rathsam, für die Bewegung sich aller Form mit einer politischen Partei zu verbinden. Darum mißbilligt er den zweiten Theil der Resolution des Referenten, der der Bewegung empfiehlt, ihre Kräfte mit denen des Labour Representative Committee zu verbinden.“

Für die Resolution Leeds wurden 801, für den zweiten Theil der vom Referenten vorgeschlagenen Resolution 135 Stimmen abgegeben. Der englische Genossenschaftsverband hat somit die Verbindung mit einer bestimmten politischen Partei grundsätzlich abgelehnt. Der sozialdemokratische Versuch, die englischen Genossenschaften den Parteinteressen dienstbar zu machen, hat eine gründliche Mißfolge erlitten. Die neutralen englischen Genossenschaften sind die leistungsfähigsten der ganzen Welt.

rd. Zur Frage der Versicherungsverpflichtung der Ehefrauen von Hausgewerbetreibenden. (Nachdr. d. v.) Jüngst hatte sich das Reichsversicherungsamt wieder mit der Frage zu beschäftigen, wann Ehefrauen, die ihrem Ehemanne, einem Hausgewerbetreibenden, bei seiner Arbeit helfen, invalidenversicherungsspflichtig sind. Das Reichsversicherungsamt ist der Meinung, daß zur Begründung dieser Pflicht der Nachweis der selbstständigen hausgewerblichen Thätigkeit der Ehefrau erforderlich ist. Hierfür bedarf es jedoch im Hinblick auf die familienrechtliche und wirtschaftliche Stellung der Frau zum Ehemann des Vorhandenseins besonderer Merkmale. Eine selbstständige hausgewerbliche Thätigkeit ist ohne Weiteres anzunehmen, wenn Mann und Frau für verschiedene Arbeitgeber arbeiten; ebenso ist eine selbstständige hausgewerbliche Thätigkeit der Frau für vorliegend anzusehen, wenn die Selbstständigkeit der Frau vom Arbeitgeber ausdrücklich anerkannt wird, wenn eine getrennte Lohnberechnung für die Frau, sei es auch auf gemeinschaftlichem Konto, stattfindet und dergl. — Ist dagegen die Frau bei der Verarbeitung der ihrem Ehemann übergebenen Rohstoffe nur behilflich, erhält die Rohstoffe nicht sie, sondern der Ehemann geliefert, und erfolgt die Lohnzahlung nur an ihn, so kann von einer selbstständigen hausgewerblichen Thätigkeit der Ehefrau, die die Invalidenversicherungsverpflichtung begründet, keine Rede sein.

Fenilleton.

Die „Stadt der Wahnsinnigen“.

Eine der merkwürdigsten Einrichtungen stellt das Städtchen Ghysel bei Antwerpen dar. Es ist buchstäblich eine „Stadt der Wahnsinnigen“, in der diese friedlich beieinander wohnen, in den Straßen umherstrolchern, in den Cafés Erfrischungen nehmen und

werden auch hierdurch dringlichst ersucht, für dieses Unternehmen, damit unsere Organisation gegen andere in hiesiger Gegend nicht noch länger zurückbleiben muß, unter ihren Mitgliederkreisen Propaganda zu machen und reichlich die erforderlichen Anmeldungen zahlreich an oben angegebene Adresse einzusenden zu wollen.

Der Ausschuß des Ortsverbandes Hagen i. W.
Z. A.: Curt Reichelt.

*** Süddeutscher Ausbreitungsverband.**

Protokollauszug der außerordentlichen Vorstandssitzung vom 1. August 1905. Der Vorsitzende eröffnet um 7/8 Uhr die Sitzung, wobei die Kollegen Schuler und Eit fehlen, letzterer entschuldigt. Ein Einlauf des Kollegen Kieger, worin derselbe mitteilt, daß er sein Amt als 2. Vorsitzender niederlegt, wird zur Kenntnis genommen; die Sitzung erklärt jedoch den hierzu angegebenen Grund als nicht stichhaltig. Ein Einlauf des Generalrats der Bauhandwerker, worin für den 6. August ersucht wird, einen Referenten nach Krumbach zu entsenden, wird dahingehend erledigt, daß diese Mission Kollege überträgt; die vom Generalrat der Bauhandwerker verlangte Kostenrechnung über neugegründete Ortsvereine wird Kollege Lindnermaner erledigen. — Vom D.-B. Schwabmünchen liegt ein Besuch um einen Referenten für den 19. August vor und wird nach dort Kollege Ernst delegiert. Ein Einlauf des Kollegen Jallischer-Ilm, worin derselbe Bericht gibt über seine nach Biberach ausgeführte Tour, wird zur Kenntnis genommen und demselben der Dank ausgesprochen; die beiliegende Liquidation wird dem Kassierer zur Regelung überwiesen. — Kollege Lindnermaner teilt mit, daß er und noch ein Kollege in Günzburg waren und glaubte, es sollte dort eine öffentliche Versammlung abgehalten werden, was demselben für später versprochen wird. — Einläufe des Kollegen Heilmann-Wöppingen, sowie des Generalrats der Bildhauer sollen brieflich erledigt werden. — Dem Besuch des Ortsvereins der Textilarbeiter Piersee, für Donnerstag den Kollegen Fleischer zu einer Fabrikversammlung zu erhalten, wird entsprochen. Kollege Fleischer gibt Bericht über seine nach Elmangen ausgeführte Tour. — Der neugegründete Ortsverein der Frauen Augsburg hat seinen Eintritt zum Ausbreitungsverband erklärt. — Betreffend Ausgabe von Sammelstiftungen, wird konstatiert, daß nur an Vereine, die dem süddeutschen Ausbreitungsverband angehören, solche hinausgegeben wurden.

Sobann schließt der Vorsitzende um 9/11 Uhr die Sitzung.
R. Benz, Schriftführer.

Versammlungen.

Berlin. Distriktsrat der Deutschen Gewerksvereine (D.-V.)
Sitzung jeden Mittwoch, Ab. 8 1/2-10 1/2 Uhr im Verbandsbureau der Deutschen Gewerksvereine, NO., Greifswalderstr. 221/223. Gäste stets willkommen. — **Sängerkor der Deutschen Gewerksvereine (S.-D.)** Jeden Donnerstag, Abends 9-11 Uhr, Übungsstunde im Verbandsbureau der Deutschen Gewerksvereine (Grüner Saal). Gäste herzlich willkommen. — **Sonnabend, 19. August. Stahl- (Legit.)-Arbeiter.** Ab. 8 1/2 Uhr, Restaur.

Endow, Sandbergerstr. 6. I.-D.: 1. Mitteilungen. 2. Wahl eines Kassierers. 3. Bericht aus der Centralratsitzung. 4. Verschickenes. — **Fabrik- und Handarbeiter I.** Ab. 9 Uhr, Generalversammlung, Tempelhofstr. 20a. I.-D.: Statutenänderung der Hilfskasse. Vortrag: Die Bedeutung d. Medizinalverbandes. Erscheinen sämtl. Mitglieder erbeten. — **Fabrik- und Handarbeiter IV.** Ab. 8 1/2 Uhr bei Pöhl, Justizstr. 34. I.-D. daf. Mitteilung über Krankenkassenänderung und Ausgabe d. Billets zum Sommernachtsball am 26. August. — **Montag, 21. August. Frauen und Mädchen IV.** Ab. 8 1/2 Uhr bei Böbling, Schweinminderstraße, Ede Vorplatz. Tages-Ordnung daf. — **Sonnabend, 19. August. Maschinenbau- und Metallarbeiter IV.** Abends 8 1/2 Uhr bei Beyer, Zeltowerstr. 3. Monatsbericht. Anträge i. Besatzfonds. Werkstattangelegenheiten — **Maschinenbau- und Metallarbeiter V.** Ab. 8 1/2 Uhr, Kottbuserstr. 4a. I.-D.: Protokoll. Monatsbericht u. A. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter X.** Ab. 8 1/2 Uhr bei E. Klavon, Pückerstr. 20. I.-D.: Protokoll. Vortrag über moderne Arbeiter-Organisation und Bier-Panopt. Werkstattangelegenheiten. Verschickenes. — **Freitag, 25. August. Maschinenbau- u. Metallarbeiter Berlin und Umgegend.** Abends 8 1/2 Uhr, im Verbandsbureau, Greifswalderstr. 221/223, kombinierte Ausschussitzung. I.-D.: Wahl des Besatzbeamten. — **Sera. Graphische Berufe und Maler.** Sonnabend, 26. August. Ab. 8 1/2 Uhr im „Burgkeller“, Schuyhaase. — **Hainholz, Fabrik- und Handarbeiter.** Sonnabend, 26. August. Ab. 8 Uhr Ortsvereinsbes. im Vereinslokal. I.-D. daf. Bericht d. Delegierten Genoss. Wilske-Eiden über die außerordentl. Generalvers. in Raumburg a. S. Die Mitglieder werden ersucht, pünktlich zu erscheinen.

Orts- und Medizinalverbände.

Dortmund (Ortsverband). Sonntag, 20. August, Morgens 10 Uhr, außerordentliche Ortsverbandversammlung bei Wirth Schild, Rheinfischstr. I.-D.: Ausschusswahl und Verschickenes. — **Schwöln (Ortsverband).** Sonntag, 27. August, Nachmittags 3 Uhr Versammlung im Gasthof zu Rißjüsk. I.-D.: 1. Geschäftliches, 2. Verschickenes. — **Nh.-Westf. Ausbreitungsverband (30. Bezirk).** Sonntag, 3. September, Nachm. 4 Uhr Versammlung bei Gastwirth Henneke-Weggen. I.-D.: Vortrag des Kollegen Jürgens-Bochum. Neuwahl eines Ausschuss-Mitgliedes. Verschickenes.

Änderungen bezw. Ergänzungen zum Adressenverzeichnis.

Aiel (Ortsverband). E. Meier, Vorsitzender, Verstr. 3.
Dresden (Ortsverband). Oskar Kamm, Schriftführer, Bergmannstraße 14.
Hagen (Westfalen) (Schuhmacher). H. Diehner, Vorsitzender, Mittelindstr. 16.
Al.-Märschen (Fabrik- und Handarbeiter). Max Grönlke, Kassierer, Alte Poststraße.
Krefeld (Ortsverband). Christian Stevens, Vorsitzender, Bochum bei Krefeld, Krefelderstraße 58.

Anzeigen-Zeitung.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

Arbeitsmarkt.

Tüchtiger Steinmetz

für dauernde Arbeit nach Lübeck gesucht. Stundenlohn 60 Pfg. Bei bester Bedienung bestmögliche Stellung dauernd, auch im Winter.

Gen. Offert. bitte an Kurt Bühlings, Lübeck, Kupferstraße Nr. 11 II.

Kunstfertige Ausführung billiger Preise
Vereinsfähnen in allen Farben
Chäppen, Fahnenbänder, Vereinsabzeichen etc.
CARL NEFF, Fahnenfabrik
KUNSTSTICKEREI
BIBERACH Württg. Waldsee

Die Arbeiterberufsvereine und die Parteipolitik.

Der Leitartikel aus Nr. 5 des „Gewerksverein“ ist als Broschüre erschienen, die auf Wunsch in jeder Anzahl für die Agitation gratis zur Verfügung steht.
Das Verbandsbureau, Berlin N.O., Greifswalderstr. 221/23.

Verbandshaus der Deutschen Gewerksvereine

Berlin N.O., Greifswalderstr. 221/23.

Treffpunkt aller Gewerksvereinskollegen an den Abenden und an jedem Sonntag. Prächtige Festäle, große Restauration mit vorzüglicher Küche, schöner Sommergarten, vier Kegelbahnen. Alles den Anforderungen der Neuzeit entsprechend eingerichtet. Zur Abhaltung von Sommernachtsbällen, Sommerfesten, Familien-Kaffeeochsen u. s. w. allen Ortsvereinen und Mitgliedern bestens empfehlend, ladet zum Besuch freundlichst ein

Carl Berndt, Deponom.

N.B. Die Festäle finden auch an Sonnabenden und Sonntagen den berechtigten Ortsvereinen zu Versammlungen und Vereinsfestlichkeiten zur gef. Verfügung.

Demokratie und Kaisertum

Ein politisches Lehrbuch für gebildete Leser aller Stände und Parteien von D. Friedrich Naumann. Jedem Politiker unentbehrlich. Von der gesamten deutschen und ausländischen Presse glänzend beurteilt. Bisheriger Absatz ca. 14000 Exemplare. Sein broschiert 1,20 Mk., elegant gebunden 2 Mk. Zu beziehen durch jede Buchhandlung oder unter Bezug auf diese Anzeige direkt vom

Buchverlag der „Hilfe“ Berlin-Schöneberg.

Photographie des Verbandshauses der Deutschen Gewerksvereine

in Berlin N.O., Greifswalderstrasse 221/23, photographirt v. Rud. Thiesen vorzüglich ausgefallen, Cartongröße 88/45 cm, wirkungsvolles Ausstattungstück für Vereinslokale.

Portofrei zu beziehen gegen vorherige Einsendung von 2 Mark an Verbandskassierer Rud. Klein, Berlin N.O., Greifswalderstrasse 221/23.

Schwarzwaldbau (Fabrik- und Handarbeiter). Durchreisende Genossen erhalten Abendbrod, Nachtlohn und Frühbüd. Karten beim Vorsitzenden H. Pjohl, Schwarzwaldbau.

Scheibenberg (Ortsverband). Durchreisende beim Ortsverbandskassierer Karl Köhler, Schlegelhausstr. 109.

Greifswald (Ortsverband). Durchreisende Mitglieder erhalten 75 Pfg. bei G. Reife, Wilhelmstr. 5.

Neufalz (Ortsverband). Durchreisende erhalten 50 Pfg. b. E. Weisler, Wilhelmstr. 17.